

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 5.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gleditsia und Kleingarten“ sowie der Feilons „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Kellereizeile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 25 Pfennig (auflösa zwei selbstdruckte Worte).

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Donnerstag, den 22. Juli 1926 Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Herriot bereits gestürzt!

290 gegen 237 Stimmen - Wilde Kundgebungen - Regierung Poincaré in Sicht?

Paris, 21. Juli. (W.B.) Kammer. Die Tagesordnung Cazals, für die sich die Regierung erklärt hatte, und die besagt: „Die Kammer hat das Vertrauen zur Regierung, daß sie eine energische Finanzpolitik betreiben wird, die die Umstände notwendig machen und geht zur Tagesordnung über.“ wurde mit 290 gegen 237 Stimmen abgelehnt.

Regierungserklärung und Sitzungsverlauf.

Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Um 5 Uhr wurde die Kammerführung in einer schwülen Gewitteratmosphäre eröffnet. Die eisernen Torgitter des Palais Bourbon waren geschlossen worden, da sich Hunderte von Menschen vor dem Gebäude angeammelt hatten und man Demonstrationen verhindern wollte.

Sofort bestieg Herriot

die Tribüne zur Verlesung der Regierungserklärung. Sie war ziemlich kurz. Der Ministerpräsident betonte, daß das Ziel der Finanzpolitik der Regierung die Stabilisierung sei, die jedoch nicht ausschließlich auf ausländische Kredite aufgebaut werden könne.

sofort für oder gegen das Kabinett auszusprechen.

Beifall fand die Regierungserklärung nur bei den Sozialisten und einem Teil der Radikalen. Alle anderen Parteien verhielten sich zurückhaltend. Gleichzeitig verlas im Senat der Justizminister Colrat die Regierungserklärung. Dort kam es zu heftigen anti-herriotischen Kundgebungen.

Im Anschluß an die Verlesung der Regierungserklärung sprach zuerst der Kommunist Cahin, dann Borel und der sozialistische Republikaner Aubriot. Dann bestieg der Finanzminister de Monzie

die Tribüne. Er entwarf ein, wie er betonte, wahrheitsgetreues, aber in finsternen Farben gehaltenes Bild der Finanzlage und speziell des französischen Staatsfinanzenbestandes.

Unter lebhafter Bewegung der Versammlung erklärte er, daß gegenwärtig kein Centime sich mehr in der Staatskasse befindet. Hier unterbrach ihn Briand und erklärte unter stürmischem Beifall der Mehrheit in heftigen Worten, daß für diesen trostlosen Stand der Dinge nicht die Vorgänger von de Monzie verantwortlich gemacht werden könnten.

Nach dieser Intervention Briands, die auf die Versammlung einen tiefen Eindruck machte, wurde die Sitzung unterbrochen.

In einer neuen Sitzung legte de Monzie seine Rede fort. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 7 Uhr 15 hatte zunächst de Monzie seine Ausführungen fortgesetzt und zwar in ebenso unheimlichem Ton wie zuvor, der der Kammer wenig imponierte.

Daran seien die Ereignisse Schuld, die stärker als die Menschen seien und vor allem das Roratorium, das zu Kriegsbeginn betretet wurde. De Monzie kündigte ferner an, daß er in 48 Stunden sein Finanzprojekt der Kammer vorlegen könne. Hier-

auf ergriff Herriot das Wort. Er verteidigte sich zunächst gegen den Vorwurf, das Kabinett Briand meuchlings erdolcht zu haben. Seine Intervention sei prinzipiellen Gründen entspringen. Das Land wolle nichts von Vollmachten wissen und ebensowenig von äußeren Anleihen. Er wolle auch nicht die Stabilisierung von der Ratifizierung der Kriegsschuldenabkommen abhängig machen.

Wilde Kundgebungen vor der Kammer.

Paris, 21. Juli. (E.P.) Die Regierung hat sich unverzüglich nach dem Einsee begeben, um dem Präsidenten der Republik die Demission zu überreichen. Es ist jetzt allgemein die Rede von einer Regierung der nationalen Einigung mit Poincaré als Ministerpräsident und Finanzminister.

an der Spitze. Außerdem dürften der Regierung Barthou als Innenminister, Briand als Außenminister und Sarraut als Kolonialminister angehören.

Zahlreiche vor ihnen verließen durch eine Hintertür das Gebäude. (1) Vor Aufhebung der Sitzung hat der Kammerpräsident für heute abend 12 Uhr eine Sitzung zusammenberufen, in der über die Vorlage abgestimmt werden soll, wonach der Rest des Morgan-Fonds verbraucht werden soll, um zu verhindern, daß die Schalter der Bank von Frankreich morgen geschlossen werden müssen.

wilde Panik unter den Abgeordneten.

bei denen es eine Anzahl Verletzte gab. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor. Es ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung diese Kundgebungen im Verlaufe der Nacht nehmen werden.

Regierung von nur sieben Mitgliedern bilden werde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Regierung von nur sieben Mitgliedern bilden werde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

sozialistischen Vorschlägen stark entgegenkam, gleich am ersten Tage zu stürzen.

Aber mit dieser Feststellung des tieferen klassenmäßigen Sinnes der gestrigen Abstimmung ist die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß eine Regierung mit so hervorragenden Männern wie Herriot, de Monzie, Painlevé und Loucheur gleich am ersten Tage gestürzt werden konnte, noch nicht erschöpft. Und da muß gesagt werden, daß Herriot zum Teil auch als Opfer eigener Fehler gefallen ist. Wir lassen die Frage unerörtert, ob tatsächlich persönliche Intrigen ehrgeiziger Begier bei dem Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux eine Rolle gespielt haben.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Eine Verfassung wird nicht für außergewöhnlich, sondern für normale Zeiten ausgearbeitet.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

Die pessimistischen Voraussetzungen der letzten zwei Tage haben sich also in vollem Maße erfüllt! Herriot ist gestürzt worden, und zwar nicht zuletzt durch eine in den Wandelgängen des Parlaments und in den Sälen der Börse künstlich erzeugte Panik, die von der großen Boulevard-Presse nach Kräften geschürt wurde.

geforderten Vollmachten ab, weil wir die gesamte kapitalfreundliche, antisoziale Tendenz des Cail্লাu'schen Finanzprogrammes bekämpfen, weil uns insbesondere Cail্লাu's Persönlichkeit nicht die nötigen Garantien von weltlichem Gleichgewicht bietet, zumal er bereits während des Krieges mit Staatsstreichplänen gespielt hat und weil die Möglichkeit der Ausübung einer Diktatur gerade durch diesen Mann ein zu großes Risiko für die Republik und für die Demokratie enthält. Eine solche Begründung hätte sich eher hören lassen, und vielleicht war sie sogar das eigentliche Motiv des Herriot'schen Vorgehens. Aber da sie nicht ausgesprochen, da vielmehr grundsätzlich gegen jede Art von Vollmachten von vornherein Stellung genommen wurde, verbaute sich Herriot selbst den Weg, den er sehr bald hätte einschlagen müssen, um den Franken zu stabilisieren, wenn er nicht schon gestern gestürzt worden wäre.

Despots bedauern wir es, daß die französischen Sozialisten nicht die gleiche Erkenntnis gehabt haben wie der Generalkongress der belgischen Sozialdemokratischen Partei. Dieser hat mit erdrückender Mehrheit die Gewährung von weitgehenden Vollmachten beschlossen. Allerdings sitzen unsere belgischen Genossen in der Regierung. Und das ist in der Tat ein großer Unterschied mit der Lage in Frankreich. Wir fürchten, daß die künftige Entwicklung beweisen wird, daß die Politik der belgischen Sozialdemokratie klüger war als die rein negative Politik, die die Mehrheit der französischen Partei in der Frage der Koalitionspolitik seit zwei Jahren getrieben hat.

Was jetzt kommen wird, ist nicht gerade erfreulich für die französische und für die europäische Demokratie. Poincaré als Retter — selbst gemildert durch Briand als Außenminister — das ist ein trüber Abschluß zweijähriger Politik des Vinkartells! Mögen sich unsere französischen Genossen die Frage vorlegen, ob sie wirklich diese Entwicklung nicht hätten verhindern können. Einstweilen herrscht ein wirres Durcheinander und die gestrigen wilden Kundgebungen vor der Kammer könnten sogar gedeutet werden wie das Wetterleuchten des Faschismus, der überall dort und immer nur dann sein Haupt erhebt, wenn die Demokratie versagt!

Die neue Klassenfront.

Der Szenenwechsel in der Tschechoslowakei.

Von Josef Stöckl, Prag.

Die tschechoslowakischen Wahlen vom November 1925 haben eine gründliche Veränderung in den innerpolitischen Zuständen des Staates herbeigeführt. Der Schlüssel zu dieser Veränderung liegt in den Wahlziffern. Bei 7,1 Millionen Wahlberechtigten hat die tschechoslowakische Sozialdemokratie 960 000 Stimmen verloren und die deutsche Sozialdemokratie 280 000, während die ungarisch-deutsche Sozialdemokratie, die bei diesen Wahlen nicht mehr kandidierte, bei den Wahlen im Jahre 1920 über 100 000 Stimmen eingebracht hatte. Damals, im Jahre 1920, existierte die kommunistische Partei noch nicht, bei den Wahlen im November 1925 hat sie 930 000 Stimmen aufgebracht. Die sozialistischen Parteien haben also über 400 000 Stimmen verloren, trotzdem die Gesamtzahl der Wähler diesmal um 907 000 größer war. Es wurde nämlich in einigen Bezirken gewählt, in denen im Jahre 1920 Wahlen nicht ausgeführt worden waren. Die arbeitserfeindlichen Parteien haben 1,25 Millionen Stimmen gewonnen.

Dieser Wahlausgang war ein Zeichen für die bürgerlichen und katholischen Parteien, eine Offensive gegen die Arbeiterklasse zu eröffnen. Die alte „allnationale“ tschechische Koalition wurde zerfallen, die tschechoslowakische Sozialdemokratie ging in die Opposition. Sie war die einzige Partei der Internationale, die beinahe in der ganzen Zeit vom Kriegsende bis zu dieser

Zeit an der Koalition mit den Bürgerlichen teilgenommen hatte. Die Niederlage der sozialistischen Parteien im November 1925 ist ein trauriger Erfolg der Kommunisten, die im Arbeiterlager einen brudermörderischen Kampf entfaltet und dadurch Hunderttausende von Arbeitern hinausgeschickt haben. Die katholischen Parteien haben um 580 000 Stimmen zugenommen, und zwar fast ausnahmsweise in den Gegenden, die vor Jahren am meisten vom Kommunismus verseucht waren.

Nachdem die alte Koalition verschwunden war, entstand nun die Frage, was weiter kommen sollte. Und es folgte eine große Ueberraschung für diejenigen, welche die treibende Kraft der Klasseninteressen unterschätzen. Es hat sich zugleich eine Mehrheit aus den tschechischen und deutschen Agrariern, aus den tschechischen, slowakischen, deutschen und ungarischen Katholiken gebildet. Anfangs hieß es, daß diese Gruppierung nur für die Einführung der Agrarzölle gebildet worden sei; dabei erhielten die Katholiken für ihre Stimmen bei der Regelung der Zollfrage ein Trinkgeld in der Form einer Regelung der staatlichen Zuschüsse zu den Priesterbezügen. Aber im Laufe der letzten Zeit haben die deutschen und ungarischen Stimmen einigemal die Beamtenregierung, die nach der Koalitionsregierung die Geschäfte übernahm, gerettet und wurden auch bei der Abstimmung über die neuen Steuern zur Verfügung gestellt. Die deutschen und ungarischen bürgerlichen Abgeordneten haben sich auch bei der scharfen Opposition der früheren sozialistischen Koalitionsparteien und beim rückwärtslosen Gebrauche der Geschäftsordnung als feste Stützen der Mehrheit bewährt. Und es ist heute schon ausgemacht, daß diese Mehrheit in der Herbstsession auch für den Etat stimmen wird.

Die bürgerlichen Parteien der nationalen Minderheiten sind also heute sozusagen die Regierungsparteien. Es hat sich eine reaktionäre Front gebildet, die ihre starken Klasseninstinkte offen zur Schau trägt. In nationalpolitischer Hinsicht ist dies in der Tschechoslowakei ein Fortschritt, sozialpolitisch ist es ein Rückschlag. Die frühere „allnationale“ Koalition war dagegen sozialpolitisch fördernd, aber ihre Existenz hat sehr viel zur Zuspitzung der nationalen Gegensätze beigetragen. Die Teilnahme der bürgerlichen Minderheitsparteien an der parlamentarischen Koalition ist auch ein Beweis dafür, daß ihre Wähler auch eine sogenannte „reale“ Politik vertragen, was bisher unter dem Vorwand verleugnet wurde, daß für die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei nur eine rückwärtslose nationale Opposition in Betracht käme.

Leider sind die Zustände im Lager der Arbeiterklasse noch nicht so weit, daß man damit rechnen könnte, der Bourgeoisie eine geschlossene Klassenfront der Arbeiterklasse gegenüberstellen zu können. Die von Kommunisten besetzten Bänke im Parlament — sie sind heute die stärkste Arbeiterfraktion — sind eine tote Insel, weil diese Herren das Parlament nur für eine Agitationstribüne halten und zur parlamentarischen Arbeit total unfähig sind. Man erwartet einen Ansturm der bürgerlichen Koalition gegen das eben in Kraft getretene Gesetz über die Sozialversicherung, aber die Kommunisten predigen unablässig der Arbeiterklasse, daß das Gesetz keinen Wert habe, daß es ein Betrug sei und daß die Arbeiter dieses Gesetz „verdammten“ müßten. Dann kann die Bourgeoisie bei ihrem Ansturm sehr leichte Arbeit haben. Und daselbe gilt für die übrigen Angriffsobjekte der Klassenfront der Bourgeoisie.

Wir stehen also in der Tschechoslowakei schweren Kämpfen gegenüber. Vor uns eine geschlossene Front der Bourgeoisie, hinter uns die kommunistischen Defektoren. Trotzdem geht die Sozialdemokratie selbstbewußt in den Kampf. Die Organisationen wachsen, die Verbreitung der Presse macht große Fortschritte, die Reihen der Arbeiterklasse sind kampflustig, das Proletariat ist durch die Politik der Bourgeoisie über den Klassenkampf auf dem politischen Boden wieder einmal gründlich belehrt!

Eine deutsche nationale Ente.

Die Wittwenpension der Frau Haußmann.

Der demokratische Zeitungsdienst sieht sich genötigt, wieder einmal einer „nationalen“ Verleumdung die Spitze abzubrechen. Er schreibt:

„Die völkische „Deutsche Zeitung“ brachte in großer Aufmachung und mit sensationellen Ueberschriften die Nachricht, die Witwe Conrad Haußmann habe sich mit Rücksicht darauf, daß ihr Gatte kurz nach der Revolution das Amt eines Staatssekretärs verwaltet habe, beim Reichsfinanzministerium um eine Wittwenpension beworben, und diese sei ihr ausnahmsweise bewilligt worden. Daron knüpfte die „Deutsche Zeitung“ häßliche Bemerkungen über demokratische Führer als Vermittler und Bewilliger dieses Wittwengeldes.

In Wahrheit verhält sich die Sache ganz anders. Conrad Haußmann, der fünfundsiebzig Jahre im öffentlichen Leben gestanden und infolgedessen auch keine Möglichkeit gehabt hat, sich Reichthümer zu sammeln, hat seinerzeit auf eine Pension vom Reich verzichtet, obwohl er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen das Recht gehabt hätte, sie zu beanspruchen als langjähriger Notar, so wie sie beispielsweise der frühere Reichsanwalt Lehrenbach bezogen hat.

Als nun infolge der Inflation seine geringe Hinterlassenschaft völlig zusammengeschmolzen war, richtete seine Witwe, die auf die Unterstützung durch ihre Kinder angewiesen war, in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen an die Reichsfinanzverwaltung das Gesuch um ein Wittwengeld. Der Reichsfinanzminister, der sich streng an die gesetzlichen Vorschriften hielt, lehnte dies Gesuch ab im Hinblick darauf, daß Haußmann selbst auf die Pension verzichtet hat. Die Gewährung eines Wittwengeldes wäre nur im Gnadenwege möglich gewesen. Diesen zu beschreiten, verlagte sich Frau Haußmann.

Die Gewährsmänner der „Deutschen Zeitung“, die offenbar im Reichsfinanzministerium sitzen, und denen der ablehnende Bescheid des Ministers Dr. Reinhold unbekannt geblieben war, haben ohne weiteres angenommen, das Gesuch von Frau Haußmann würde ohne die erforderlichen gesetzlichen Unterlagen bewilligt werden und haben daraufhin das Blatt der Täuschung und Sodomie, der Hüter germanischer Moral, alarmiert. Der Schwundel ist zwar bald aufgedeckt, aber im Zitatenlegikon der „Vaterländischen“ lebt er trotzdem weiter wie unzählige seiner Ahnen.

Internationaler Bodenreformerkongress.

Eröffnungssitzung in Kopenhagen.

Kopenhagen, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der 3. Internationale Kongress für Bodenreform und Freihandel wurde am Dienstag im Kopenhagener Reichstagsgebäude in Anwesenheit von rund 300 Delegierten aus 20 Ländern eröffnet. Die Zusammenkunft des Kongresses ist sehr kurz; anwesend sind sowohl Vertreter der verschiedensten Bodenreformverbände wie einzelne Mitglieder aus den Kreisen der Bodenreform- und Freihandelsbewegung. Aus Deutschland sind u. a. die Genossen Veus und Albrecht zur Stelle. Unter den Wortführern der verschiedenen Länder sprach an Stelle des wegen Krankheit nicht erschienenen Genossen Dr. Krüger Dr. Paletta-Berlin. Er gab einen kurzen Ueberblick über die deutsche Bodenreform- und Heimstättenbewegung seit Bestehen der Weimarer Verfassung und fand außergewöhnlich starkem Beifall. Am Nachmittag sprach ein dänischer Hochschulrektor über die Befreiung der dänischen Bauern, ein englischer Delegierter wies auf die Zusammenhänge zwischen Bodenverteilung und Arbeitslosigkeit in England hin.

Der Landtag von Schaumburg-Clippe befahte sich am Mittwoch mit der Abfassung der Antwort an Preußen, wonach sich der Landtag auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung nicht in der Lage sieht, den beabsichtigten Staatsvertrag über den Anschluß an Preußen durchzuführen.

Zeugenerhörte in Germersheim. Der französische Kommandierende der Pfalz hat in Germersheim deutsche Zeugen über die Vorfälle vom 14. Juli vernommen.

„Bund für Männerrechte.“

Von Dr. Constanze Glaser, Wien.

Wie der Titel einer Komödie von Thoma liest sich diese Ueberschrift. Es handelt sich aber keineswegs um Spiel, sondern um Wirklichkeit, um einen wirklichen Verein, der sich vor einigen Wochen in Wien gebildet hat mit der Bestimmung, den „Auswüchsen der Frauenemanzipation“ entgegenzutreten, den Nachkommen wieder „brave Frauen und Mütter“ zu geben.

Nun bliebe dies bei aller Komik schließlich doch eine Privatangelegenheit, wenn sich einige wohl nicht sehr beschäftigte Personen — pensionierte Beamte und Offiziere — aus Grund gemeinsamer schlechter Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht — zu einem Verein zusammenschließen, ähnlich wie sich die Anhänger von Heuschknäpfe, Verzeihung, die an solchem Leidenden, zu einem Heuschknäpfeverband organisieren, um ihre Erfahrungen in angeregter Besprechung untereinander auszutauschen. Die Öffentlichkeit hätte keinen Grund, sich mit den durch „schlechte Weiber“ herbeigeführten Familienskandalen einzeln zu befassen, auch nicht mit solchen, die in Vereinsdebatten beipflichtet werden, würde der Bund für Männerrechte sich damit begnügen, im verborgenen zu blühen und zu kämpfen. Da er aber im Parlament eine Reihe von Forderungen offiziell überreicht hat, scheint es geboten, diese ein wenig näher zu betrachten.

Wenn noch dem französischen Sprichwort „Cherchez la femme“ die Frau der verborgene Beweggrund aller Handlungen ist, so müßte dieses Wort den Zeitverhältnissen entsprechend in „Cherchez l'argent“ umgewandelt werden. Auch hinter den Forderungen dieser „Idealisten“, dieser Kämpfer für edles Frauen- und Muttertum steht das Geld, der Urmotor des Geschehens. Propaganda gegen das Alimentationsgesetz ist die erste Forderung der Männerrechtler, mit der allerdings — soweit es sich um Alimentierung geschiedener Frauen handelt — fortschrittliche Frauen einverstanden sind, da sie in der Ehe, noch dazu in der nicht mehr bestehenden, nicht eine lebenslängliche Rentenbezugsquelle erblicken wollen. So deckt sich auch der von den Nationalrätinnen eingebrachte Eheerformantrag in dieser Hinsicht mit den Forderungen der Männerrechtler, was ihnen aber nicht bekannt zu sein scheint. Karin Richards hat in einem Vortrag „Ehe und Scheidung“, den sie vor kurzem in Wien hielt, den Vorschlag gemacht, eigene Versicherungsgesellschaften zu gründen, bei denen der Vater seine Töchter, der Gatte seine Frauen gegen Scheidung versichern könnte. Ein amüsanter Vorschlag, der aber von einem höheren Standpunkt aus zu verwerfen ist, da Ehelosigkeit — auch der Frau — nur in sehr bedingtem Grade in eine Kategorie mit Krankheit, Unfall, Feuer, Einbruch usw. zu setzen, als feindliches, Leben oder Eigentum gefährdendes Element aufzufassen ist. — Anders steht es mit der Frage der Versorgung der Kinder. Die Männerrechtler kämpfen gegen Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen in materieller Beziehung, sie treten gegen die oft ungerechte Verurteilung zur Vaterlosigkeit auf und empfehlen die Blutprobe als geeignetes Mittel gegen Fehlbefunde. Nun wurde diese zwar vor einiger Zeit als Beweismittel in einem Prozeß zugelassen; nach dem heutigen Stand der Wissenschaft aber kommt ihr bindende Bedeutung nur in negativem Sinne zu, d. h. auf Grund der Zusammenfassung des Blutes kann in bestimmten Fällen die Vaterlosigkeit als ausgeschlossen angesehen werden, in den bei häu-

geren aber ist sie als möglich, wenn auch nicht als erweisbar zu betrachten. Bis auf weiteres behält da wohl der alte lateinische Satz „pater semper incertus“ (Der Vater ist immer unbestimmt) sowohl für eheliche wie für uneheliche Kinder Gültigkeit. Die unehelichen Kinder aber den ehelichen gegenüber zu benachteiligen, entspricht der heutigen Zeit, nach Ellen Key's Wort: dem „Jahrhundert des Kindes“, nicht mehr.

Noch deutlicher offenbart sich aber der mammonistische Geist dieser Idealisten in ihrem Kampf gegen „die schädliche Konkurrenz“ der Frauen. Nur dort, wo diese ausgezeichnetes leisten, sollen sie zu Klemtern und Berufen zugelassen werden, die Durchschnitts- und Unterdurchschnittsleistungen sprächen aber gegen das Eindringen der Frauen in das öffentliche Leben. — Die Argumente für und wider wurden seit dem Auslaufen der Frauenfrage, die längst über eine Bewegung hinaus zu einer wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit geworden ist, so oft diskutiert, daß jedes weitere Wort überflüssig und durch die Tatsachen überholt erscheint. Ebenso lächerlich klingt es, daß „das Ueberhandnehmen der Scheidungen seine Ursache in den „extremen Frauenemanzipationsideen“ habe, wenn es auch sicher richtig ist, daß ein großer Teil der Scheidungen darauf zurückzuführen ist, daß sich die Frauen von ihrem Kurfrauentum befreit haben und dort, wo alle inneren Bedingungen der Ehe fortgefallen sind, diese nicht mehr wie früher um jeden Preis äußerlich zu erhalten suchen. — Ein Abgeordneter (Großdeutsch) versprach eine Interpellation bezüglich des Alimentationsgesetzes einzubringen, um den Männern gegenüber den sozialen Gesetzen, die einen „allzu stark femininen Zug tragen, durch den diese benachteiligt werden“, zu Hilfe zu kommen.

Das Ende der ersten deutschen Eisenbahn.

Die erste deutsche Eisenbahn, die am 7. Dezember 1835 zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet wurde, ist jetzt im Alter von 95 Jahren sanft entschlafen. Die Todesanzeige fand man in diesen Tagen in den Anzeigenblättern einiger großer Blätter. Die Direktion der Ludwigseisenbahn teilt mit, daß die gesamten Eisenbahnschienen in gutem Zustand in einer durchschnittlichen Länge von 9 Metern, sowie die Weichen und Schwellen zu verkaufen seien.

Damit gehört nun die erste deutsche Eisenbahn der Geschichte an. Wie unendlich viel Mühe hat es gemacht, um diese Bahn in Deutschland schaffen zu können! Selbst nachdem in England der Widerstand der konservativen Hirne überwunden war, brachten die deutschen Reaktionen immer wieder die gleichen Bedenken gegen das neue Verkehrsmittel hervor, als Männer wie Hartort und Alst mit Energie für den Bau von Eisenbahnen eintraten. Auch der Hinweis auf die Möglichkeit, Eisenbahnen für Herrensitze auszunutzen zu können, die den Staat sonst immer geneigt zu machen pflegte, verfehlte zunächst auf die leitenden Staatsmänner jeden Eindruck. Wäre die Regierung damals den Vorschlägen Hartorts gefolgt, so wäre die erste deutsche Eisenbahn fast ein Menschenalter früher in Bestehen gebaut worden. Mit Ach und Krach kam dann die nur sechs Kilometer lange Strecke Nürnberg-Fürth zustande. Bereits 1814 hatte der Bergrat Ritter Josef von Baader auf diese Strecke hingewiesen. Aber erst 1833 gelang es dem Nürnberger Johannes Scharrer, die für die Verwirklichung des Planes notwendigen Kräfte zu mobilisieren. Man stellte

durch eine fast 1 1/2 Monate fortgesetzte Zählung fest, daß im Durchschnitt 1720 Personen täglich zwischen Nürnberg und Fürth verkehrten, und errechnete daraus ein günstiges Betriebsergebnis für die zu bauende Bahn. Als dann am 14. Mai 1835 zur Zeichnung des Aktienkapitals ausgefordert wurde, dauerte es Monate, bevor die Mittel zusammengekommen waren. Der bayerische Staat war sehr zurückhaltend. Erst als das Geld aufgebracht war, gestattete König Ludwig huldvollst, daß die Eisenbahn, deren Förderer er nicht war, seinen Namen führen dürfte. Viel Mühe machte es, einen geeigneten Eisenbahnbauer zu finden. Man hatte sich schon an Stephenon in New Castle gewandt, als man durch Zufall den bayerischen Ingenieur Paul Denis entdeckte, der bei seinen Auslandsreisen den Eisenbahnbau kennen gelernt hatte. Er führte den Bau der Bahn zur allgemeinen Zufriedenheit durch. Der Betrieb wurde anfänglich nur von einer Lokomotive und 11 Pferden bewältigt. Diese Lokomotive war von Stephenon erbaut und unter unglücklichen Umständen nach Süddeutschland geschafft worden. Sie hatte 24 000 Mark gekostet. Als Kuriosum möge erwähnt werden, daß der erste Lokomotivführer, den man sich ebenfalls aus England verschreiben mußte, ein Gehalt von 2250 Mark jährlich bezog, 890 Mark mehr als der erste Direktor der Bahn. Schon nach einem Jahre konnte die Bahnleitung mitteilen, daß 450 000 Personen befördert worden seien und daß sie 102 000 M. eingenommen hätte. Heute nun, nach fast 100jährigem Betrieb, ist die Bahn ein Opfer der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geworden. Auch ihre Geschichte zeigt, daß nichts beständiger ist als der Wechsel.

Petersburger Nachtasyle. In dem offiziellen Bericht des Petersburger Gesundheitsamts wird angeführt, daß sämtliche Nachtasyle überfüllt sind, so daß auf jeden Besucher weniger als ein halbes Quadratmeter Raum fällt. Die Mehrzahl der Asylbesucher sind ständige Gäste. Es gibt unter ihnen Leute, die schon seit 1913 jeden Abend erscheinen. Die Hälfte aller Frauen in den Nachtasylen sind Dirnen und etwa 12 Proz. Bettlerinnen. Trotz der Raumbeengung und geradezu ungeheuerlichen Befestigung mit Ungeziefer stellen sich Epidemien in den Asylen verhältnismäßig selten ein. Der Leiter der Desinfektionsabteilung Dr. Bojanowitsch berichtet, daß Ungeziefer, besonders Kleberläuse, in solchen Massen in die Nachtasyle geschleppt werden, daß nach jeder Desinfektion der Britschen die Gänge, Wägen und Fläche buchstäblich herausgeschaukelt werden müssen. U. a. wird ein Fall genannt, daß an einem Menschen 2 1/2 Pfund Kleberläuse, sogenannte „Kreuzritter“ abgetötet wurden. Der Leib und das Hemd des Betroffenen sind als einzig dastehendes Kultus an Verlaugung dem Pasteurmuseum einverleibt worden. Der Bericht schließt damit, daß der sanitäre Zustand der Nachtasyle alles zu wünschen übrig läßt, und daß sofort Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Nachtasyle nicht zu Epidemieherden werden zu lassen.

In der Volkshalle, Theater am Ballplatz, findet Freitag die 25. Aufführung von „Dau der Lähmlichkeit“ statt. — Die Rolle des Arztes hat Herr Ferdinand Werner übernommen, im übrigen spielt die gesamte Premierenbesetzung. Generalmusikdirektor Wagner gestorben. In München starb der Generalmusikdirektor des bayerischen Landestheaters in Karlsruhe, Ferdinand Wagner, nach einer Blinddarmerkrankung an Herzschwäche.

Die Schuldigen.

Ein Dolchstoß für die Dolchstoßlegende.

Der jetzt erschienene dritte und vierte Band des vom Reichsarchiv herausgegebenen Kriegswerts behandeln vor allem die Marne Schlacht. Ein Major a. D. H. Fell, selbst Redakteur des „Lokal-Anzeigers“, widmet der Publikation in seinem Blatt eine ausführliche Besprechung und kommt zu folgendem Schluß:

„Mit tiefer Bewegung legt man die meisterhafte Darstellung des Reichsarchivs aus der Hand. Die Gluckwende an der Marne führt zurück auf die gleichen Ursachen, die den Verfall des ganzen Krieges im letzten bedingten, den Mangel an Männern großen Ausmaßes in den ausschlaggebenden Führerstellen des Heeres wie des Staates. Als das Zweigestirn Hindenburg-Ludendorff an die Spitze des Heeres trat, wäre es noch nicht zu spät gewesen, wenn — auch in der politischen Leitung eine gleich starke Hand das Steuer ergriffen hätte. Es geschah nicht, und wir verloren nicht nur einen Feldzug, sondern den Krieg. Männer machen die Geschichte!“

So steht es wörtlich zu lesen in demselben Blatt, das sich sonst die Verbreitung der Dolchstoßlegende zur besonderen Aufgabe gemacht hat! Ähnlich hieß es schon einmal am Jahrestag der Marne Schlacht in Gedenkartikeln führender deutscher Blätter, was allerdings nicht verhinderte, daß kurze Zeit darauf die Dolchstoßlegende von derselben Presse mit großem Scheid wieder aufgenommen wurde. Anders wird es voraussichtlich auch diesmal nicht sein. Das Nicolaische System, das mit zur Katastrophe geführt hat, gehört nun einmal zum Handwerkszeug dieser „staatsbehaltenden“ Parteien. „Männer machen die Geschichte!“ Aber die Geschichte ist noch jedesmal schief gegangen, wenn sie von dieser Art von Männern gemacht wurde.

Das Zeugnis des Generalstabs.

In dem vom Reichsarchiv bearbeiteten Werke „Der Weltkrieg 1914/18“ heißt es im vierten Band, der die Marne Schlacht behandelt, auf S. 525 wörtlich:

„Die Initiative der deutschen Armeeführer und Kommandierenden Generale, die Tatkraft der Truppenführung bis herunter zum Zug- und Gruppenführer und die Tapferkeit der Truppen erwiesen sich von so überlegener Kraft, daß die Schlacht im Westen an den entscheidenden Stellen mit dem Siege der deutschen Waffen endete. Ihr alleiniges Verdienst war der Sieg an der Marne, der die Möglichkeit bot, das große Ziel des deutschen Operationsplans trotz aller Irrungen und Wirrungen im letzten Augenblick doch noch zu erreichen.“

Da trat, völlig unerwartet, die Oberste Heeresleitung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraus und griff in verhängnisvoller Weise in die Schlacht ein!

Und auf S. 529 heißt es weiter:

„Das Unbegreifliche wurde Ereignis: Das Westheer wurde aus dem unter blutigen Opfern errungenen Siege durch den Mund des Vertreters der Obersten Heeresleitung in dem Augenblick zurückgerufen, als es im Begriff stand, die Früchte der vorangegangenen Kämpfe zu ernten!“

Also auch die ehemaligen Generalstabsoffiziere, die im Reichsarchiv die Kriegsgeschichte bearbeiten, müssen zugeben, daß die entscheidende Schlacht des Krieges durch das Versagen der von Wilhelm selbst berufenen Obersten Heeresleitung verloren ging, während Mannschaften und Leitung der einzelnen Armeegruppen mehr als ihre Pflicht taten.

Der Verlust der Marne Schlacht bedeutete die Einleitung des Stellungskrieges und damit den Beginn des Kriegsverlustes. Trotzdem das Reichsarchiv und die dafür arbeitenden ehemaligen Generalstabsoffiziere jetzt ganz offen die Verantwortung für den Marneverlust auf Wilhelms Oberste Heeresleitung schieben, wird die Dolchstoßlegende doch noch lange nicht aus der Welt geschafft sein. Denn das Versagen der einen Obersten Heeresleitung (Moltke) hätte so viele spätere Verlagerungen zur Folge, daß ein ganzes Heer Mitverantwortlicher daran interessiert ist, die eigene Verantwortung für den Kriegsverlust auf die Schultern des geplagten, hungernden und gepeinigten Volkes abzuwälzen. Aber gerade deshalb sind diese amtlichen Geständnisse im Kriegsbuch über 1914 so reizend und wertvoll.

Der Stahlhelmkrach in Braunschweig.

Was sagt die Braunschweiger Stahlhelmjustiz dazu?

Braunschweig, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag hat in Braunschweig eine stark besuchte öffentliche Versammlung des Frontkriegerbundes stattgefunden, in der der Mitarbeiter Ludendorffs, der völkische Oberleutnant Ahlemann über „Seidte, Uhlenhaut und der Stahlhelm“ sprach. Ahlemann versuchte, die ausgeschlossenen 1600 Stahlhelmer zu sich herüberzuziehen. Die Versammlung verlief sehr lebhaft und arzte zeitweise in wüsten Tumult aus. Zwischenrufer bezeichneten Seidte als Lumpen. Auch der Führer des Hindenburg-Bundes aus Hannover, Major von Waldow, lockte die Stahlhelmer zu sich herüber. Er sagte u. a., daß der Verband Hindenburg während der Bierkellerrevolution am 9. November 1923 lieber den Ruf aus München erwartete, um die Schmach von 1918 zu rächen, aber der Ruf sei nicht gekommen. Von Diskussionsrednern wurde behauptet, daß Seidte bis jetzt jeder Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen und daß er feige sei. Auch zu dieser Versammlung war der Bundesführer Seidte und der Landesverbandsführer Uhlenhaut öffentlich eingeladen. Aber beide waren nicht erschienen. Seidte und Uhlenhaut wurden von keinem der anwesenden 2000 Versammlungsteilnehmer verteidigt.

In Braunschweig herrscht stärkste Verwunderung darüber, daß Seidte nicht den Ruf gefunden hat, zu erscheinen, zumal er noch vor einigen Monaten in einer Riesenerkennung in Braunschweig geäußert hat, daß die Minister der meisten deutschen Länder „Nappsfützen“ seien und die Abgeordneten in den deutschen Parlamenten als „naß Unterhosen“ bezeichnete. Die Stimmung ist jetzt vollkommen umgeschlagen, und man beginnt auch in den Rechtskreisen einzusehen, daß der verantwortliche Redakteur Thielmann vom „Volksfreund“ in Braunschweig, der dreimal wegen Beleidigung des Stahlhelmführers Uhlenhaut mit 200, mit 700 bzw. mit 350 M. verurteilt wurde, zu Unrecht bestraft worden ist. Die Verurteilung ist für den Justizminister und die Richter um so peinlicher, als der Amtsgerichtsrat Biesecke an die Verurteilung in erster Instanz eine schwere Beleidigung der sämtlichen „Volksfreund“-Redakteure knüpfte, indem er in der Urteilsbegründung aus sprach, daß „Volksfreund“-Redakteure als ihre Hauptaufgabe betrachteten, vaterländisch gefasste Männer durch den Dreck zu ziehen. Jetzt haben sich die Vorwürfe, die seinerzeit vom „Volksfreund“ erhoben wurden, die 1600 Stahlhelmer mit neuem wichtigen Material zu eigen gemacht. Thielmann wird wahrscheinlich jetzt zum zweitenmal ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen.

Fortbildung der Jugendlichen.

Eine wichtige Aufgabe produktiver Erwerbslosenfürsorge.

Das Programm der Reichsregierung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das am Donnerstag und Freitag in den Besprechungen zwischen Reich und Ländern durchgeprüft wird, hat eine empfindliche Lücke, auf die wir vor der entscheidenden Beratung hinweisen möchten. Das Programm der Reichsregierung sagt kein Wort über die Fortbildung der arbeitslosen Jugendlichen. Der größte Teil der arbeitslosen Jugendlichen besteht aus ungelerten oder halbgelerten Arbeitskräften. Die mangelhafte Schulbildung während der Kriegszeit und die starke Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften aller Art in der Inflationszeit sind schuld daran, daß die erwerbstätige Jugend in ihrer Berufsausbildung vielfach recht bedenkliche Lücken aufweist. Nun müssen wir damit rechnen, daß in einigen Jahren, wenn sich der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, neuerdings die Nachfrage nach den ungelerten jüngeren Arbeitskräften steigt und damit endgültig die Gelegenheit vorüber ist, der Masse der ungelerten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie sich zur Qualifizierung eignet, eine bessere Berufsausbildung zu geben. Jetzt, zurzeit der Arbeitslosigkeit ist die beste Gelegenheit, um das wieder gut zu machen, was während der Kriegs- und Inflationszeit an der heranwachsenden Arbeitergeneration gefündigt worden ist. Die Reichsregierung hat deshalb die Pflicht, im Rahmen ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms eine großzügige und systematische Fortführung der Berufsausbildung der Jugendlichen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu sichern.

Wir brauchen eine systematische Berufsausbildung der erwerbstätigen Jugend vor allem auf drei Gebieten:

1. Handwerkliche und fabrikmäßige Ausbildung, d. h. Ausbildung für Schlosser, Tischler, Mechaniker, Elektrotechniker usw.
2. Ausbildung für kaufmännische Angestellte in Buchführung, Rechnen, Sprachen, Stenographie und dergleichen.

Zentrum und Reichsbanner.

Durchsichtige Hege der Rechten und eine Antwort der Windthorstbünde.

Seit Wochen betreibt die Rechtspresse — gestützt auf Äußerungen schwerindustrieller Zentrumsblätter — eine ebenso systematische wie zügellose Hege gegen das Reichsbanner. Der Zweck der Uebung ist es, auf der einen Seite die Aufmerksamkeit der eigenen Anhänger von den Korruptionserscheinungen in der Stahlhelmführung abzulenken, und auf der anderen Seite das Zentrum kopfscheu zu machen. Um so betroffener ist man im „vaterländischen“ Lager, daß eine der größten Jugendorganisationen des Zentrums, die Windthorst-Bünde des Gauwes Köln, diese Bemühungen auf ihrer Siegburger Tagung mit einer Entschließung liquidiert hat, die nach der „Köln. Volkszeitung“ besagt:

„Den Windthorst-Bündern wird der Eintritt in die sogenannten vaterländischen Verbände verboten, dagegen ihnen freigestellt, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß beizutreten.“

Obwohl dieser Beschluß selbstverständlich ist und durchaus der republikanischen Haltung des Jungzentrums entspricht, erheben Rechtsblätter, wie die „Tägliche Rundschau“ darüber ein großes Begehren. Sie sehen damit „die nach rechts führende Tür verrammelt“.

Stellt man sich auf der Rechten nur so dumm oder hat man dort allen Ernstes erwartet, das Zentrum werde der Schutztruppe der Republik den Rücken kehren, um mit fliegenden — schwarzrotgoldenen Fahnen zu den schwarzweißroten Monarchistenverbänden überzugehen? Das wäre eine merkwürdige Folgerung aus der beim Volkentscheid vom Zentrum betriebenen Politik.

Der Behördenkonflikt in Magdeburg.

Amlich „beigelegt“.

Der „Amliche Preussische Pressedienst“ meldet: Die Besprechung in der Worbangelegenheit Helling, die auf Veranlassung des preussischen Ministers des Innern am Mittwoch, den 21. Juli, zwischen Vertretern Berliner und Magdeburger Behörden unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Hering in Magdeburg stattfand, hat zu vollem Einvernehmen über die Art der strafrechtlichen Weiterverfolgung der Mordtat geführt. Die Kriminalkommissare Buhdorf aus Berlin und Tenholt in Magdeburg werden ihre Ermittlungen nach einheitlichen Gesichtspunkten unter Leitung des Untersuchungsrichters fortzuführen. Wie der Untersuchungsrichter erklärt, hofft er bis zum kommenden Sonnabend die Straftat reiflos aufklären zu können. Die von einem Teil der Presse gegen die bisherige Tätigkeit des Kriminalkommissars Buhdorf erhobenen und dem Magdeburger Untersuchungsrichter in den Mund gelegten (wirklich bloß „in den Mund gelegt“? Red. „B.“) Vorwürfe sind unbegründet. Keineswegs hat der Untersuchungsrichter ein Zusammenarbeiten mit Buhdorf, dessen große Verdienste bei der Aufklärung früherer Straftaten der Magdeburger Landgerichtspräsidat besonders rühmend hervorgehoben hat, abgelehnt.

Die Braunschweiger Fürstenfreunde.

Die Folgen des Telegrammes an die Hofverwaltung.

Der Senatspräsident beim Oberlandesgericht Braunschweig, Reichstagsabgeordneter Hampe, hatte, wie erinnerlich, vor der Abstimmung über den Vergleich mit dem ehemaligen Herzog von Braunschweig an die Hofverwaltung in Gmunden ein Telegramm gerichtet, in dem er den Bescheid des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Riese ankündigte und den Herzog von Braunschweig aufforderte, den einzigen Nationalsozialisten des braunschweigischen Landtags möglichst zur Tafel einzuladen und ihn dadurch umzustimmen. Von der Riese'schen Stimmung hing die Annahme des Vergleichsvorschlags ab. Stimmt Riese gegen den Vergleich, wie das seine Parteifreunde von ihm verlangten, so sei die Ablehnung des Vergleichs und der Rücktritt der deutschen nationalen braunschweigischen Regierung sicher. Riese wurde tatsächlich umgestimmt. Dadurch verlor das Land Braunschweig allein über 52 000 Morgen besten braunschweigischen Bodens. Nach Monaten veröffentlichte die „Wiener Arbeiterzeitung“ dieses Hampe-Telegramm. Die Veröffentlichung war für die Welfenpartei und für die braunschweigische Regierung derart peinlich, daß jetzt Hampe sein Amt als Parteivorstand der Braun-

3. Ausbildung im Haushalt (Rüche und Nährarbeit). Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um volle Berufsausbildung. Dazu reicht die Zeit nicht. Allein die Grundelemente der verschiedenen Berufe können in der Fortbildung sehr wirksam zur Entfaltung gebracht werden. Aus den Handelsschulen gehen ohnehin nur wenig wirklich durchgebildete Kräfte hervor. Die Lehrer für die Fortbildung können aus den erwerbslosen Lehrkräften und aus einer Reihe von Erwerbslosen, die sich dafür eignen, genommen werden. Räume stehen in den Berufsschulen genügend zur Verfügung. Für die Fortbildung kommt zunächst natürlich nur der Kreis der unterstützungsberechtigten Jugendlichen und jüngeren Erwerbslosen in Betracht; er muß jedoch unbedingt auch auf die arbeitslose schulentlassene Jugend ausgedehnt werden. Hier muß eine Ausnahme gemacht werden.

Alles hängt bei dieser Frage von der Initiative der Gemeinden ab. Die Länder sind bereit, mit finanzieller Unterstützung die Fortbildung zu fördern. Uebrigens zeigen die glänzenden Erfahrungen, die man in Düsseldorf und im sozialdemokratisch verwalteten Wien mit der Berufsausbildung der arbeitslosen Jugendlichen gemacht hat, daß die Berufsausbildungsarbeit sich sehr gut bezahlt macht. Der größte Teil der Fortbildungsarbeiten (Reparaturen, Umwandlung von Wästeneien in blühende Gärten, Errichtung von Freilichtbühnen, Kantinen, aus denen Restaurants geworden sind) machen sich bezahlt. Auch die Werkzeuge werden ja zum Teil durch die eigene Arbeit der Berufsausbildungsschüler hergestellt. Die Fortbildung ist also unmittelbar produktiv. Doch sie mittelbar produktiv ist, das zeigt die Nachfrage nach qualifizierten Kräften jetzt mitten in der Arbeitslosigkeit. Auf alle Fälle ist diese Fortbildungsarbeit ebenso produktiv wie die Rotstandsarbeiten, sicherlich produktiver wie gewisse Rotstandsarbeiten, die von manchen Gemeinden lediglich als Rotbeheiß vorgenommen wurden.

schweig-Niederländischen Partei niederlegen mußte. Ob Hampe sein Reichstagsmandat niederlegt, steht noch nicht fest, aber auch das ist zu erwarten.

Die polnische Friedenspolitik.

Zaleski's Erklärungen. — Abschaffung der Militärattaches. — Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Auswärtigen Ausschuss des Sejm gab Außenminister Zaleski am Mittwoch in einstündiger Rede einen Ueberblick über die außenpolitische Lage Polens. Die in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte über eine angebliche Aenderung der bisherigen Linie der polnischen Außenpolitik bezeichnete der Minister als falsch. Polen, das in seinem Wiederaufbau nicht nur die Schäden des Krieges, sondern auch die Folgen einer hundertjährigen Unterdrückung und Zerrissenheit zu überwinden habe, bedürfe des Friedens mehr als irgend ein anderes Land. Für Polen, das keine Handbreit fremden Bodens zu verlangen habe, allerdings auch keine Handbreit eigenen Landes abzugeben gedente, bestehe kein Anlaß, Krieg zu führen. An der internationalen Zusammenarbeit wünsche Polen lebhaft teilzunehmen, es werde an erster Stelle unter den Ländern stehen, die sich der internationalen Befriedigung widmen. Polen werde zur Bekräftigung des Friedenswillens demnächst die Stellen der Militärattaches bei dem größten Teil seiner Auslandsvertretungen aufheben. Mit großer Unruhe verfolge Polen die Möglichkeit einer Krise im Völkerbund; es hoffe, daß nichts unterlassen werde, um eine ernste Krise zu vermeiden. Die Möglichkeit, seine Aufgaben voll zu erfüllen, werde der Völkerbund nur erlangen durch Zusage einer tätigen Mitarbeit Polens. Die polnischen Bündnisse seien der Ausdruck seiner Friedensgesinnung, das beziehe sich besonders auf das Abkommen mit Frankreich, das gegen niemanden gerichtet sei.

Ueber das

deutsch-polnische Verhältnis

erklärte der Minister: „Die Verbundenheit der Interessen zwischen Deutschland und Polen verlangt sowohl im Interesse beider Länder als auch der internationalen Lage eine dauerhafte friedliche Zusammenarbeit. Polen wünscht seinerseits die deutsch-polnischen Beziehungen auf realer Grundlage in nachbarlichem Sinne unter völliger Ausschließung gegenseitiger Animosität zu fördern. Falls Deutschland das gleiche Verständnis für dieses Programm und für die Ebenbürtigkeit unserer Interessen zeigen wird, so fürchten die polnisch-deutschen Beziehungen geeignet sein, die Entspannung der internationalen Lage herbeizuführen. Eine günstige Etappe auf diesem Wege ist die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen durch positive Anagnriffnahme der Handelsvertragsverhandlungen.“ Was die Beziehungen Polens zu Sowjetrußland betreffen, so nahmen sie immer mehr den Charakter nachbarlicher Zusammenarbeit an.

Am Schluß erklärte der Minister: „Angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise Europas kann Polen seine Lage nicht als besonders ungünstig bezeichnen und ist daher in der Lage, einen Auslandskredit nicht mit politischen Konzeptionen verbinden zu müssen.“

Für Polens händigen Ratifik.

Warschau, 21. Juli. (WTB.) Ueber das Verhältnis Polens zum Völkerbund erklärte Zaleski: Am Völkerbund, den ich für eine der größten Institutionen ansehe, die in hervorragendster Weise auf den Grundfragen des Rechts und der Gerechtigkeit gegründet ist, haben wir bisher im Geiste des Friedens mitgearbeitet und wir werden diese Arbeit fortsetzen. Die Festlegung des Einflusses und der Autorität des Völkerbundes muß immer das Ziel der polnischen Politik bleiben. Mit um so größerer Beunruhigung beobachtet Polen die Möglichkeiten einer Krise im Völkerbund im Zusammenhang mit dem angekündigten Austritt Brasiliens und mit einem eventuellen ähnlichen Schritt Spaniens. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachtet, nimmt Polen für sich die Notwendigkeit in Anspruch

Garantien zu ständiger Mitarbeit im Völkerbund

zu erreichen. Garantien, die ihre Berechtigung finden vor allem in der bedeutsamen Rolle, die Polen in der gesamten pazifistischen und organisatorischen Tätigkeit des Völkerbundes spielt. Die geographische Lage Polens, das Gebiet, das es einnimmt, und sein Gewicht in den gesamten europäischen wirtschaftlichen Verhältnissen, weisen Polen diese wichtige Rolle in der Weltpolitik zu, wie man überhaupt die Möglichkeit einer Lösung des Problems der Weltbefriedigung ohne eine tätige und ständige Anteilnahme Polens sich nicht vorstellen kann. Durch die Sicherung einer ständigen Mitarbeit Polens im Völkerbundsrat wird es dem Völkerbund ermöglicht, nach Gebühr und vollständig die Aufgabe zu erfüllen, zu welcher er im Sinne der leitenden Grundzüge des Statuts berufen ist.

Gewerkschaftsbewegung

Industrieverband der Lebensmittelarbeiter. Der Einheitsverband beschloffen!

Die beteiligten drei Verbände hatten sich auf folgende Abmachung geeinigt:

„Er gibt die Abstimmung eine tragfähige Mehrheit für die Schaffung eines neuen Verbandes, so vereinigen sich die drei Einzelverbände zu einem Verband...“

Nach der erfolgten Abstimmung hatten die einzelnen Verbände zu prüfen, ob sich eine tragfähige Mehrheit nach ihrer Auffassung ergeben habe. In Nr. 319 des „Vorwärts“ konnten wir berichten, daß der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband in Hamburg sich in seiner Beiratsitzung am 28. Juni mit 32 gegen 9 Stimmen dahin entschieden hat, daß die Tragfähigkeit gegeben sei.

Erst jetzt erfahren wir aus der Verbandszeitung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, daß auch dessen Verbandsbeirat in seiner Sitzung am 8. Juli die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses ebenfalls, und zwar mit 25 gegen 7 Stimmen bejaht hat.

Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, dessen Hauptvorstand die Frage zu entscheiden hatte, hat sich ebenfalls dahin entschieden, die Tragfähigkeit als gegeben zu betrachten.

Damit ist beschlossen, daß diese drei Verbände sich zu einem Verband vereinigen werden. Den Mitgliedern der Verbände wird die Mitgliedschaft und die Beitragsleistung in ihrem jetzigen Verbände nach den Satzungen des neuen Verbandes angerechnet werden.

Der neue Industrieverband wird nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten mit über 130 000 Mitgliedern ins Leben treten. Er umfaßt die Brauereiarbeiter, samt den Arbeitern der übrigen Getränkeindustrie, die Mühlen- und Zuckerwarenindustrie, sowie die Fleischer und Arbeiter der Fleischwarenindustrie.

Die vielumstrittene Frage der Industriearbeiterschaft, die sich weit mehr um das wie als um das ob dreht, ist damit, wie auch durch den Zusammenschluß in der keramischen Industrie, einen großen Schritt weitergekommen. Die ganze Entwicklung der Dinge führt zwangsläufig zu stärkerer Konzentration. Diese Entwicklung läßt sich wohl beeinflussen, keineswegs aber erzwingen. Nur der Zwang ist wirksam, der sich aus den Verhältnissen herausbildet.

Vom Treiben der Schmaroherpflanzen.

Die Gelben wollen anerkannt sein.

Die Gewerkschaften aller drei Richtungen in Deutschland, insbesondere aber die freien Gewerkschaften, die durch das Fehlen der Sozialistengesetze hindurch mühen, haben sich ihre heutzutage Anerkennung nicht erbettelt oder erlitten, sondern in unermüdlichem, zähem und opferreichem Kampfe erkämpft. Die Gelben aber, deren Zweck es ist, den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen, die Kräfte der Gewerkschaften zu zersplittern, die vom Unternehmertum direkt oder indirekt ins Leben gerufen werden, mindestens aber von der Spekulation auf das Wohlwollen der Unternehmer durch „Wohlfühlhalten“ vegetieren, versuchen, sich diese Anerkennung zu erschleichen, sich einen Einfluß zu verschaffen, der ihnen weder der Zahl nach noch gar ihrem unfruchtlichen Charakter nach nicht zusteht. Die gelben Verbände sind keine Gewerkschaften, sondern das Gegenteil davon. Sie wollen ihre Schmarohervereinigungen, die sie als „waterländisch“ betrachten, als Gewerkschaften gewertet wissen, damit sie größeren Einfluß bekommen, um den Gewerkschaften zu schaden.

Erst vor kurzem wieder haben die Zentralen der Gelben, der „Reichsbund waterländischer Arbeiter- und Werkvereine“ (RWA.) und der „Reichsbund Deutscher Angestellten-Berufsverbände“ (RDA.) an die Behörden und Parlamente eine Eingabe gerichtet, in der über „die fortgesetzte Rechtslosigkeit von mehr als zwei Drittel der deutschen Arbeitnehmerschaft durch die Arbeitsgesetzgebung zugunsten der Erhaltung eines verfassungsmäßigen Monopols der Gewerkschaften“ Klage geführt wird und die Behörden und Parlamente aufgefordert werden, solchen „skandalösen Zuständen“ ein Ende zu machen. Wenn hier von einem Skandal die Rede ist, dann ist es die Dreifachheit der Gelben, zu behaupten, infolge ihrer Nichtanerkennung seien zwei Drittel aller deutschen Arbeitnehmer „rechtlos“ gemacht. Diese Streikbrechervereine berufen sich auf die Mitgliederlisten der drei Gewerkschaftsrichtungen angeschlossenen Verbände vom Jahre 1924 und behaupten, daß zurzeit nur ein Drittel der deutschen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften organisiert sei. Für die übrigen zwei Drittel aber seien sie die rechtmäßigen Vertreter.

In der Eingabe heißt es wörtlich: „Inmitten dieses mehr als zwei Drittel starken Teiles der deutschen Arbeitnehmerschaft stehen RWA. und RDA. als die führenden, nicht auf den gewerkschaftlichen Klassenkampfgedanken eingestellten, wirtschaftlichen Organisationen.“ Die Herrschaften hüten sich aber wohlweislich, ihre

Legitimation zur „Führung“ durch Bekanntgabe ihrer Mitgliederzahlen zu erbringen. Trotzdem will das Unkraut auf dem Gewerkschaftsboden als tarifiert anerkannt, zum endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu den Arbeitnehmervertretungen nach dem Reichsnährstoffgesetz und als Beisitzer zu den künftigen Arbeitsgerichten zugelassen werden. Das überoolle Herz dieser um das Wohl der zwei Drittel „rechtloser“ deutscher Arbeitnehmer besorgter „Arbeitervertreter“ läßt aber doch nicht bis zur Keige aus. Sie verschweigen nämlich, daß sie nur deshalb als wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitnehmer nicht anerkannt wurden und auch nicht anerkannt werden können, weil sie von den Unternehmern weder ideell noch materiell unabhängig sind. Und das ist des Pudels Kern. Wenn auch kein Zweifel besteht, daß die Hintermänner der Gelben auch diesmal mit ihrem Liebeswerben abfallen müssen, so wird es doch nicht überflüssig sein, der Gewerkschaft den Spiegel vorzuhalten, an all den Stellen, in die sie eindringen wollen.

Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Der Kapitalismus begnügt sich nicht mit der weitestgehenden Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft, er ist außerdem rechtlich bemüht, die Arbeitnehmerschaft durch die ihnen verfügbare Presse in der öffentlichen Meinung herabzuziehen. In sozialer Beziehung gilt ihm jeder Arbeitnehmer als Simulant. Der Arbeiter ist nach der Darstellung der Unternehmerföhdlinge entweder Gesundheits-simulant, der darauf ausgeht, eine stärkere Arbeitskraft vorzutäuschen, als er sie in sich verkörpert, in Krisenzeiten ist er Krankheits-simulant, und wenn er sich im Betriebe die Knochen gebrochen hat, ist er Unfall-simulant.

Gegen die „Gesundheits-simulanten“ weiß sich das bedrohte Unternehmertum bei der Einstellung durch seine Altersgrenze und vertrauensärztlichen Untersuchungen zu „schützen“. Und die Kontrolle durch die Betriebskrankenkassen sorgt dafür, daß auch die bei der Einstellung scheinbar etwa durchgeschlüpften Gesundheits-simulanten nachträglich erfaßt werden und eine Belastung der Betriebskrankenkasse durch sie verhütet wird.

Doch sind die „Gesundheits-simulanten“ so „raffiniert“, daß sie sich meist mit der Beitragsleistung zur Betriebskrankenkasse begnügen und es „geheimlich“ vermeiden, mit ihr als Kranke in Berührung zu kommen. Das hat wenigstens den Vorteil für die notleidende „Wirtschaft“, daß aus den Ziffern der Betriebskrankenkassen sich einmal eine verhältnismäßig geringe gesundheitliche Beeinträchtigung der Arbeitnehmer durch die Dauer der Arbeitszeit samt Ueberstunden und die Arbeitsmethode nachweisen läßt, zum anderen aber eine größere „Wirtschaftlichkeit“ der Betriebskrankenkassen gegenüber den Ortskrankenkassen.

Der „Betrug“ der Gesundheits-simulanten muß jedem offenkundig werden, sobald sie abgebaut sind. Sie werden dann zu „Krankheits-simulanten“. Es soll hier keineswegs bestritten werden, daß mancher ältere Arbeiter aus Furcht vor seiner Entlassung bei wiederholter Krankmeldung sich mühsam aufrecht erhält und nach seiner Entlassung zusammenbricht. Wie wenig berechtigt es jedoch ist, diese Erscheinungen zu verallgemeinern, zeigt die Statistik des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen über die Zahl der erwerbsunfähig erkrankten Mitglieder in Verbindung mit der Zahl der Pflichtversicherten und der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge in dem Zeitraum vom 1. Mai 1924 bis zum 1. Juni 1926. Wir müssen uns hier darauf beschränken, die Ziffern aufzuführen, die die stärksten Veränderungen aufzeigen:

Zeit	Zahl der Pflicht-versicherten (lt. Reichsarbeit-blatt)	Hauptunter-stützungsempfänger (lt. Wirtschaft und Statistik)	Erwerbsunfähig (lt. Krankenkassenstatistik des Hauptverbandes)
1. Mai 1924	11 862 000	571 783	3,68 Proz.
1. Mai 1925	15 190 000	810 659	5,39
1. Jan. 1926	12 803 000	1 485 931	11,61
1. Febr. 1926	11 910 813	2 030 792	17,05
1. März 1926	12 294 000	2 055 928	16,73
1. April 1926	12 590 000	1 942 048	15,43
1. Mai 1926	13 291 746	1 781 200	13,33
1. Juni 1926	13 078 045	1 420 586	10,86

Die Prozentziffer der erwerbsunfähig Erkrankten war am niedrigsten mit 3,36 am 1. Mai 1926 bei 13,23 Millionen Versicherten und 1,78 Millionen Unterstützungsempfängern und am höchsten mit 5,08 bei 12,30 Millionen Versicherten und 1,48 Millionen Unterstütern. Der Stichtag der Höchstzahl der Hauptunterstützungsempfänger, der 1. März 1926, mit 2,05 Millionen, weist 4,21 Proz. erwerbsunfähig Erkrankter auf. Die Schwankungen der Krankenkassenstatistik sind relativ gering, zeigen aber mit aller Deutlichkeit, daß von einer Wechselwirkung zwischen Erwerbslosigkeit und Krankheit keine Rede sein kann.

Das Hotel „Der Kaiserhof“.

Für die Angestellten ist da nichts übrig.

Am 11. Februar 1926 hat das Gewerbeaufsichtsamt Mitte der Direktion des „Kaiserhof“ folgende Auflagen gemacht: Der Wirkungsgrad der künstlichen Ventilation des Küchenraumes ist unzureichend. Er ist durch geeignete Maßnahmen, erforderlichenfalls durch Einbau eines stärkeren Ventilators, so zu erhöhen, daß eine vollständige und schnelle Abführung der Dünste herbeigeführt wird.

Bis heute ist noch nichts geschehen. Auch heute noch

arbeitet das Küchenpersonal dieses Großbetriebes bei 50 und mehr Grad Hitze und in Schwefeldünsten von der Eismaschine.

Am 14. Mai wurde die Firma durch das Gewerbeaufsichtsamt aufgefordert, unverzüglich für ausreichende Entlüftung des Küchenraumes entsprechend dem Schreiben vom 11. Februar zu sorgen. Widrigenfalls wurden auf Grund der Gewerbeordnung Zwangsmassnahmen angedroht. Bis heute ist nichts geschehen.

Am 8. Juli hat das Gewerbeaufsichtsamt weiter gefordert:

A. 1. Für jede Person ist ein zum Aufbewahren der Kleider geeigneter verschließbarer Schrank zur Verfügung zu stellen.

2. Die Höchstzahl der gleichzeitig in einem Umkleideraum der Kleider befindlichen Personen ist so hoch zu bemessen, daß auf den Kopf etwa 7 Kubikmeter Luft entfallen.

3. Die Fenster sind wasserdicht einzurichten.

4. Die Lüftungsflappen müssen sich stets dicht schließen lassen.

5. Es ist nachzuweisen, daß die Heizung ausreicht.

6. Die Fußböden sind gegen Fußbodenkälte zu isolieren.

7. Für je fünf Personen ist ein Zapfhahn mit stehendem Wasser als Wahalegenheit einzurichten.

B. Die Entlüftung der Küche war am 3. Juni d. J. nicht wirksam.

D. In den Hausdienerräumen dürfen sich nach § 120b Abs. 2 und 3 der Gewerbeordnung keine weiblichen Personen, zum Beispiel Zimmermädchen, umkleiden.

E. Dasselbe gilt für das gemeinsame Umkleiden im Kellerflur.

F. Da die Dämpfe der schwefeligen Säure, mit der ihre Kältemaschine betrieben wird, schwerer als die Luft sind, so muß die mechanische Entlüftung des Maschinenraumes bis auf den Fußboden reichen. Das ist zurzeit nicht ganz der Fall.

Bis zum heutigen Tage ist von der Direktion dieses erstklassigen Berliner Hotels noch so gut wie nichts geschehen, um die nötigen Einrichtungen für das Personal zu treffen. Wir erwarten vom Gewerbeaufsichtsamt, daß es seinen Aufträgen den gehörigen Nachdruck verleiht, damit sie endlich Beachtung finden.

Die Arbeitszeitfrage im oberschlesischen Bergbau.

Soll die 8 1/2-Stunden-Schicht verewigt werden?

Gleiwitz, 21. Juli. (WZB.) Am Freitag beginnen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage im oberschlesischen Bergbau unter Tage. Schlichter ist Professor Dr. Brahn. Zunächst wird es sich um eine Verständigung über die Forderung der Arbeitnehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden und die Forderung der Arbeitgeber auf Beibehaltung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit handeln.

Tagung der Bergarbeiterinternationale.

Paris, 21. Juli. (WZB.) Heute vormittag wurde hier unter dem Vorsitz von Smith der Kongress der Bergarbeiterinternationale eröffnet. An dem Kongress nehmen Vertreter aus Amerika, England, Deutschland, Belgien, Tschechoslowakei und Frankreich teil. Deutschland ist durch Hufemann, Berger und Limberg vertreten. In der heutigen Vormittagsitzung haben die Delegierten die Frage der finanziellen Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter, sowie die Frage der Einfuhr von Kohle aus dem Kontinent nach England geprüft.

Wichtig Bauarbeiter! Die Differenzen der Affordmurer auf dem Großkraftwerk Kummelsburg bei der Firma Heide u. Franke sind beigelegt.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Verband der Affordmurer Groß-Berlins.

Der Streik auf den New Yorker Untergrundbahnen, der jetzt drei Wochen dauert, hält noch immer an. Eine neue Entwicklung ist nicht eingetreten. Der Dienst funktioniert leidlich und verbessert sich allmählich. Der Bürgermeister hat einer Abordnung von Zugführern mitgeteilt, er sei bereit, als Vermittler aufzutreten.

Preis Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr tagen die Gruppen: Müller Jugendheim, Neu-Adnig, 21. Lieber- und Tauschen, **Kinderheim:** Jugendheim Postfach 10, Beitzerer Abend mit buntem Programm, **Jugendheim:** Jugendheim, Günterstr. 3, Disziplinsoortag: „Nub und Mühe“, **Kampfbund:** Jugendheim, Germaniastr. 4-6, **Vertrag:** „Praxis und Lebensreform“, **Schüler:** Jugendheim, Reichensperger Str. 66, **Lehrer:** und Erzieher von der „Halle“, **Gesundheits:** Jugendheim, Gothenburger Str. 2, **Heimatgeschichte:** des Bedding, **Spenden:** Jugendheim, Unterufer 1, **Baum- und Stimmung:** **Wacht:** Jugendheim, Bremer, **Einzelstrafe:** **Vertrag:** „Warum bin ich im Verband?“ - **Kuhenspiele:** ab 7 Uhr, **Es spielen:** Oberkasseneide auf dem Sportplatz der Reichsarbeiterschaft, an der Oberkasseneide im Volkspark Posenfelder, **Vertrag:** auf dem Platz an der einlauen Pappel; **Rezeption:** im Rezeptions-Turm, **Biere:** 8.

Jugendgruppe des RWA. Heute, Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr die Abteilungen **Rezeption:** Jugendheim, Wilhelmsstr. 34 (Rinderbort), **Ritt-Abend:** **Hermann-von-Siemens:** Jugendheim, Hohenzollernstr. 34 (Ecke Sanderstr.), **Disziplinsoortag:**

Verantwortlich für Politik: **Heute:** **Rezeption:** **Wirtschaft:** **Arthur Ostermann:** **Gewerkschaftsbewegung:** **Fr. Schuler:** **Rezeption:** **Dr. John Schilowski:** **Polizei** und **Schulwesen:** **Fr. Karst:** **Wirtschaft:** **Th. Gluck:** **Sämtlich in Berlin.** **Berlin:** **Herold:** **Vertrag:** **G. m. b. H. Berlin.** **Vertrag:** **Herold:** **Wirtschaft:** **Rezeption** und **Verantwortlich:** **Paul Elmer u. Co. Berlin:** **EB 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Bellen.** „**Unterhaltung und Wissen**“ und „**Rezeption**“.

C
Spittelmarkt
Ecke Wallstraße
Alexanderplatz
nabe Archinger
König-Str. 55
gegenüber Rathaus

W
Friedrich-Str. 193a
Ecke Leipziger Straße
Friedrich-Str. 150
Leipziger Str. 113
Ecke Mauerstraße
Link-Str. 1
Ecke Potsdamer Straße

N
Schönhauser Allee 81
am Bahnhof Nordring
Friedrich-Str. 106
Ecke Ziegelstraße
Invaliden-Str. 164
Ecke Brunnenstraße
Invaliden-Str. 117
am Slettinger Bahnhof
Chaussee-Str. 72
nabe Müllerstraße

O
Frankfurter Allee 14
nabe Tief

Für Sport und Reise

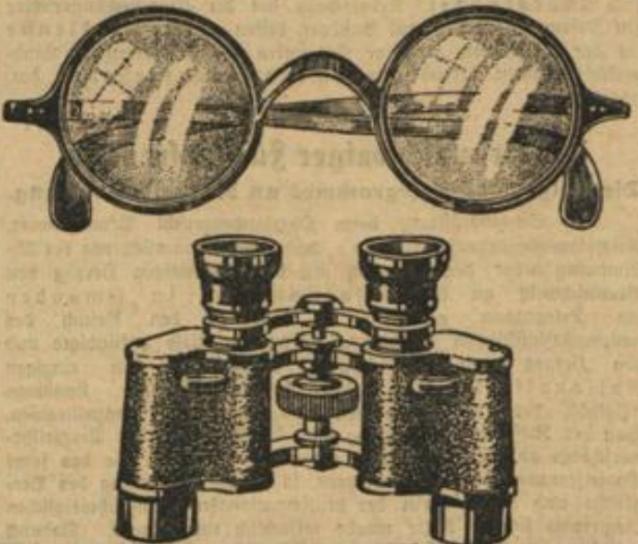
Die Schutzbrille - Das Reiseglas

Diese moderne Schutzbrille
mit Gläsern
in hellem oder dunklem Horn
R. 2.50, 3.-, 5.50, 8.-
Sportbrille mit Double-Einlage
R. 9.- 12.-
in jedem Schildpaar R. 22.- 33.-

Farbige Gläser
in grau, blau, grün, gelb
und auch fast farblos
in allen Stärken
von R. 1.50 an
pro Paar ständig am Lager.

Kostenlos
prüfen wir Augen und Sehkraft mit
Sorgfalt nach unserer bewährten
Methode.

Reparaturen werden sofort erledigt.



Optiker Ruhnke's

Prismen-Binokel

Televisi: für Reise, Jagd u. Sport.
6 x 26 nur R. 75.-
8 x 26 85.-
10 x 27 100.-
12 x 40 120.-

Noctovisi: Extra lichtstarkes Nacht-glas.
7 x 40 nur R. 140.-
neu 6 x 32 nur R. 120.-

Grat: Besonders kleines Sportglas.
4 1/2 x 10 nur R. 75.-

Kompass von R. 2.- bis 25.-
Oygmeter „ 8.50 bis 35.-
Barometer „ 10.- bis 100.-
in reicher Auswahl.

SW
Friedrich-Str. 225
Ecke Hedemannstraße
Belle-Alliance-Str. 4
nabe Jandorf

SO
Oranien-Str. 44
zw. Moritz- u. Oranienplatz.

Charlottenburg:
Tautenzien-Str. 15
zw. Marburger u. Rankstr.
Joachimsthaler Str. 2
nabe Bahnhof Zoo

Neukölln:
Berg-Str. 4
Ecke Zietenstraße

Friedenau:
Rhein-Str. 18
Ecke Kirchenstraße

Schöneberg:
Haupt-Str. 21
Ecke Akazienstraße

Wilmsdort:
Berliner Str. 132-133
nabe Uhlendstraße

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

Obst und Gemüse für Berlin.



Man muß ziemlich früh aufstehen, wenn man sich ein genaues Bild über die Obst- und Gemüseversorgung der Reichshauptstadt machen will. Bereits um 2 Uhr früh beginnt die Entladung der ankommenden Wagen in den Außenbahnhöfen. Am Lehrter Bahnhof, am Schlessischen Bahnhof und am Potsdamer Güterbahnhof. Nur der kleinste Teil dessen, was in Berlin an Obst und Gemüse hereinkommt und was per Eisenbahn transportiert wird, kommt direkt in den Markthallenbahnhof. Das meiste wird nach den erwähnten Außenbahnhöfen verladen und von dort mit Fahrzeug oder per Auto nach der Markthalle gebracht. Veraltet wie sie ist, kann sie nur einen geringen Bruchteil von dem fassen, was die Kleinhändler und die Straßenhändler zum direkten Vertrieb an die Konsumenten brauchen.

Was Berlin an Obst und Gemüse verbraucht.

Man kann sich über die Mengen einen Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine einzige Firma im Juni 264 Waggons Gemüse und Obst abgelehrt hat. Es handelt sich dabei in erster Linie um Ware, die aus Italien kommt, und zwar Kartoffeln, Tomaten, Pfirsiche, Blumenkohl, Aprikosen und Kirichen. Wir sind auf die Bezüge aus dem Ausland angewiesen, und zwar sind Italien und Holland die Lieferanten für die deutsche Obst- und Gemüseversorgung. Von April bis August rollen pro Tag durchschnittlich 15 Waggons in Berlin an. Rechnet man den Waggon zu 200 Zentnern, dann erhält man 3000 Zentner oder 300 000 Pfund, hinzu kommt die Ware, die auf dem Wasserwege die Stadt erreicht, und die etwa ein Viertel der obigen Menge beträgt; außerdem bringen Fuhrwerke aus der näheren Umgebung Berlins täglich 100 Zentner nach Berlin. Alles zusammen ergibt die statistische Summe von 400 000 Pfund oder 20 Waggons. Das bedeutet einen Monatsverbrauch von 600 Waggons und eine Jahresmenge von 7200 Waggons.

Unzureichende Verkaufsräume.

Man kann es begreifen, daß die Unterbringung einer Tagesmenge in den augenblicklich zur Verfügung stehenden Räumen der Markthalle sehr große Schwierigkeiten bereitet, denn die Markthalle ist in den siebziger Jahren gebaut worden, als die Bevölkerungsziffer noch lange nicht die erste Million erreicht hatte. Es ist infolgedessen verständlich, daß das Geschäft in Obst und Gemüse sich nicht nur in der Großmarkthalle selbst abwickelt, sondern in Läden, die die Großhändler und Importeure in den Straßen der Umgebung der Großmarkthalle gemietet haben. Aber auch diese reichen nicht aus. In den frühen Morgenstunden von 4 bis 10 Uhr kann man in den Zufahrtstraßen zur Markthalle, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, der Neuen Friedrich- und in der Münzstraße Wagenburgen sehen, beladen mit Obst und Gemüse. Mancher Fußgänger hat in diesen Stunden große Mühe, ohne Pässe und Stöße an den Wagenburgen vorbeizukommen, und auf derbe Juriste muß er gefaßt sein. Da es sich um leichtverderbliche Ware handelt, kommt es natürlich darauf an, den Abtrieb so schnell wie möglich zu vollziehen. In den Morgenstunden, etwa bis 7 Uhr, erscheinen die Grünkrämhändler

und diejenigen, die in den Läden mit Obst und Gemüse handeln. Sie suchen sich die Waren heraus, die sie brauchen, und müssen diese selbstverständlich entsprechend teuer bezahlen. Was dann noch übrig bleibt, und was nicht immer mehr ganz einwandfrei ist, das wandert in die Hände des Straßenhandels, der natürlich aus der zu einheitlichen Preisen gefaßten Ware Sortierungen nach der Preislage vornimmt. Wenn wir verhältnismäßig niedrige Obst- und Gemüsepreise haben, so ist dies in erster Linie dem Straßenhandel zu danken, der überhaupt den Umsatz der erwähnten Mengen in ganz kurzer Zeit möglich macht.

Geschäft auf Spekulation.

In diesem Jahre hatten Obst und Gemüse allerdings erheblich unter Witterungseinflüssen gelitten. Mancher mußte Waren, die vollkommen verderben waren, und infolgedessen nicht verkauft wurden, wegwerfen. Diese Reichshändler kaufen meistens schon im Winter von den Kreisen, Kommunen oder privaten Eigentümern ganze Kirchenalleen zu allerdings ganz niedrigen Preisen auf, und erzielen trotz Plünderlohn und Transportkosten in normalen Jahren, d. h. bei guten Ernten Riesengewinne. Aber in einem Jahr wie in diesem, in dem die Ernte unter den Witterungseinflüssen schon an den Bäumen in Fäulnis übergeht, müssen sie auch mit Verlusten rechnen. Das Aufkaufen von Obst ist eben ein reines Spekulationsgeschäft. Gerade in diesem Jahre wäre es notwendig, daß die Eisenbahn auf dem schnellsten Wege die zu transportierende Ware an ihren Bestimmungsort befördert. Die Händler klagen aber, daß in dieser Beziehung die Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Wenn ein Waggon nicht so rechtzeitig eintrifft, daß er sofort entladen werden kann, so daß die Ware noch am Ankunftstage zum Verkauf gelangt, dann ist sie für den nächsten Tag gewöhnlich nicht mehr zu gebrauchen.

Ebenso lebhaft klagen sie über die Unpünktlichkeit der Transportverhältnisse, wobei die Zollabfertigungsverhältnisse gefürchtet. Der Dienst in den Zollstellen beginnt erst frühmorgens um 8 Uhr, und wenn ein Waggon während der Nacht hereingekommen ist, dann wird er erst nach 10 Uhr von den Zollbeamten abgefertigt. Die Ware kann dann frühestens am folgenden Tage zum Verkauf gelangen. Natürlich ist sie dadurch der Gefahr des Verderbens ausgelegt. Verhandlungen mit den drücklichen Zollstellen, die Abfertigung während der Nacht vorzunehmen, sind bisher gescheitert. Wie sollten meinen, daß in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit das genügende Personal für diese Zwecke vorhanden sein müßte. Eine derartige nächtliche, im Interesse der Ernährung liegende Zollabfertigung wird in anderen Großstädten schon vorgenommen. Warum sollte sie nicht in

Berlin möglich sein? Die Kompensationsrichtungen der Markthalle sind ebenfalls vollkommen unzulänglich, sowohl zum Abladen wie zum Aufladen sind noch vorantastliche Einrichtungen vorhanden, die im heutigen Zeitalter der Rationalisierung zum alten Eisen geworfen werden müßten. Allerdings, wie weit die Stadt Berlin bei der augenblicklichen Finanzlage hier wird für Besserung sorgen können, das bedarf der allergenauesten Überlegung.

Und die Arbeiter.

Wenn wir die Versorgung Berlins mit Gemüse und Obst behandeln, dann dürfen wir auch der Hallenarbeiter nicht vergessen. Es gehört eine riesige Arbeitskraft, eine große Gewandtheit und eine erhebliche Körperkraft dazu, wenn ein Arbeiter tagaus, tagein in der Halle seinen Dienst sach- und sachgemäß verrichten kann. Gewiß, die Arbeiter der Halle verdienen mehr als der Durchschnitt. Ihr Lohn beträgt gewöhnlich 50 M die Woche. Dazu kommen Bezahlungen für Überstunden und ansehnliche Trinkgelder, wenn die Ware vom Stand des Großhändlers zu dem Geschäft des Kleinhändlers gebracht wird. Aber dafür arbeiten sie auch manchmal täglich zwölf bis dreizehn Stunden, und dann zehrt diese Arbeit an der Gesundheit des Menschen, so daß keine Bezahlung eine Entschädigung für diese Arbeit bedeutet. Die meisten Arbeiter sind Gelegenheitsarbeiter. Aber auch hier handelt es sich um solche, die schon jahraus, jahrein in der Halle, dort wo sie gebraucht werden, beim Abladen, beim Aufstaden ihren Dienst verrichten. Ihre Bezahlung erfolgt stundenweise, und zwar erhalte sie 1 M bis 1,25 M pro Stunde. Und da sie gewöhnlich 4 bis 5 Stunden zu tun haben, ist der tägliche Durchschnittsverdienst eines solchen Gelegenheitsarbeiters 5 bis 6 Mark.

Vielleicht werden sich die Verhältnisse, wie wir sie geschildert haben, ändern, wenn die jetzt vom Magistrat der Stadt Berlin angeregten Projekte des Baues einer Fruchtgroßhalle zur Wirklichkeit werden.

Sonntagssonderzug nach Swinemünde—Heringsdorf.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird bei genügender Beteiligung am kommenden Sonntag, den 25. Juli, ein Sonntags-Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen nach Heringsdorf verkehren. Der Zug verläßt Berlin, Steintiner Bahnhof 6.30 vorm., und ist in Swinemünde 10.05, Ahbeck 10.24, Heringsdorf 10.30. Die Rückfahrt erfolgt ab Heringsdorf 7.50, ab Ahbeck 7.57, ab Swinemünde 8.20, an Steintiner Bahnhof 12.00 nachts. Die Fahrpreise betragen nach Swinemünde 2.— M, nach Ahbeck und Heringsdorf 9.20 M. Der Fahrkartenausgabe des Steintiner Bahnhofs und den folgenden vier Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Reisebüro Unter den Linden 57-58. — Der am letzten Sonntag nach Niedroy gefahrene Sonderzug wurde von rund 500 Personen benutzt. Die bereits bei einem früheren Sonderzug versuchte Neuerung, jedem Reisenden für die Rückfahrt denselben Platz, den er auf der Hinfahrt inne hatte, zu verschaffen, wurde bei diesem Zuge mit vollem Erfolg wieder durchgeführt und fand beim Publikum lebhaften Beifall.

Der Wobblly.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag, Berlin und Leipzig.

(Schluß.)

„Ja, das ist es,“ meinte Mr. Pratt, „Glück muß man haben. Ueberall. Ob man Vieh züchtet, oder ob man sich eine Frau nimmt.“

Er lachte laut auf und sagte: „Sie, hören Sie einmal, Junge. Was haben Sie denn mit meiner Frau gemacht?“

„Ich? Mit Ihrer Frau?“ Mr. Pratt blieb der Bissen im Munde stecken, und ich bin sicher, ich wurde etwas blaß. Frauen können so wundervoll unkontrollierbar sich benehmen. Sie kriegen zuweilen Einfälle und manchmal Anfälle. Fallen sogar ganz aus heiler Haut heraus in die Beichtwut. Die Frau wird ihm doch nicht etwa was geläutet haben? Sie sah gar nicht so aus, als ob sie alle ihre Geheimnisse an die Glode hinge.

„Als Ihr Telegramm ankam, da war sie wie toll und rief: Da siehst du wieder einmal, was du für ein Nichtstuer bist, und was du für ein überflüssiges Werkzeug bist. Da bringt dieser Junge die Herde rüber, als ob er sie in seiner Bastische habe, und als ob sie ihm am Sattelstumpf hinge. Das ist ein anderer Bursche, dieser Fing son of bitch!“

„Um des Himmels willen, Mr. Pratt, Sie werden sich doch nicht etwa scheiden lassen!“

„Scheiden lassen? Ich? Warum denn? Wegen so einer Kleinigkeit?“

Er lächelte wieder so eigentümlich. Wenn ich doch nur wüßte, wie er das meint, „Kleinigkeit“? Das kann heißen, daß er alles weiß, und das kann auch ebensogut heißen, daß er überhaupt nichts weiß.

„Nein,“ fuhr er fort. „Warum soll ich mich denn scheiden lassen? Haben Sie Angst, daß ich mich scheiden lasse?“

„Ja,“ gestand ich.

„Warum denn aber?“

„Weil mich Ihre Frau dann doch heiraten würde. Sie hat es doch ganz offen erklärt.“

„Ach so, ja. Ich erinnere mich, das hat sie gesagt. Und wenn meine Frau so was sagt, dann tut sie es auch. Da kommen Sie nicht los davon, Junge.“

Mr. Pratt wurde ungemächlich zu Rute. Mr. Pratt merkte es, und er fragte: „Warum haben Sie denn da eine solche Angst? Gefällt Ihnen denn meine Frau nicht? Ich denke doch, daß —“

Ich ließ ihn nicht zu Ende reden, denn vielleicht kam jetzt das heraus, was er wußte. Und ich hielt es für besser, diese Angelegenheit in der Schwelbe und unentschieden zu lassen.

„Freilich. Ihre Frau gefällt mir sogar sehr gut,“ gestand ich.

„Kann ich mir denken,“ sagte Mr. Pratt.

„Das war nun wieder so, daß es alles und nichts bedeuten konnte.“

„Sehen Sie, Mr. Pratt,“ sagte ich nun, „es ist so eine dumme Sache. Ihre Frau gefällt mir sogar sehr. Aber, bitte, lassen Sie sich doch nicht scheiden. Sie vertrauen sich doch so gut. Ich müßte sie ja dann heiraten. Es wäre ja vielleicht so übel nicht. Aber ich weiß doch garnicht, was ich mit meiner Frau, unschuldigen Sie, bitte, was ich mit Ihrer Frau machen sollte.“

„Na, was man mit jeder Frau macht. Ihr die Freude machen, die sie gern hat.“

„Das ist es nicht. Es ist etwas anderes. Ich weiß nicht, wie ich mit der Ehe fertig werde.“ Ich versuchte es ihm klarzulegen. „Ich weiß nicht, wie ich mich da benehmen soll. Ich halte das einfach nicht aus. Ich kann nicht stillhalten. Ich kann nicht stillstehen, verstehen Sie. Ich muß vagabondieren. Da kann ich doch meine Frau nicht mitschleifen. Ich würde ausrücken, weil ich das nicht vertrage, den ganzen Tag und jeden Tag vor einem ordentlichen Tisch zu sitzen und jeden Tag ein richtiges Frühstück und Mittagessen zu bekommen. Das verträgt auch schon mein Magen nicht. Wenn Sie mit einem Gefallen tun wollen —“

„Jeden. Schon erfüllt,“ sagte Mr. Pratt gut gelaunt.

„Lassen Sie sich nicht scheiden, eine so kluge Frau, eine so tapfere Frau. So eine kriegen Sie nie wieder, Mr. Pratt.“

„Das weiß ich. Deshalb lasse ich mich ja auch nicht scheiden. Ich habe nie daran gedacht. Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie aus solchen Cabbage kommen. Hopp auf, wir gehen jetzt die Ablösung vom Kontrakt einweichen.“

Wir zogen ab.

„Was ist denn da los? So viele Indianerweiber mit ihren Körben habe ich ja nie gesehen. So viele Tortillas zu verkaufen?“

„Was ist denn eigentlich los hier?“ fragte ich Mr. Pratt.

„Man sieht ja nichts weiter als Tortillas und Tortillas und Tortillas.“

„Die Bäcker streiken. Die Leute haben kein Brot und müssen Tortillas essen,“ erklärte mir Mr. Pratt.

„He, Mr. Pratt,“ rief ich da laut, mitten auf der Straße stehen bleibend. „Da sehen Sie gleich an diesem Beispiel, wie bitter unrecht Sie und Mr. Shine mir getan haben.“

„Mr. Shine und ich? Inwiefern?“

„Sie haben doch beide behauptet, daß ich mich immer nur um Streitigkeiten kümmere, und daß überall, wo ich arbeite,

ein Streit losgeht. Hier an dem Bäckerstreik bin ich doch ganz und gar unschuldig. Ich war doch wochenlang gar nicht hier. Wie kann ich denn da etwas mit dem Bäckerstreik zu tun haben?“

„Das sagen Sie, Galt. Aber nun gehen Sie einmal in die La-Aurora-Bäckerei und hören Sie, was Senor und Senora Douz den Leuten erzählen.“

„Was können denn die Leute von mir erzählen?“ fragte ich.

„Die behaupten und erzählen es jedem Gast, daß Sie den Streik angezettelt haben.“

„Das sind nichtswürdige Beresunder, diese Douzens. Ich habe mit dem Streik gar nichts zu tun. Ich habe für Sie einen Transport gebracht und weiß gar nichts von einem Bäckerstreik.“

„Die Douzens aber behaupten, seit Sie dort gearbeitet haben, sind die Arbeiter in der Bäckerei mit nichts mehr zufrieden, nicht mehr mit dem Essen, nicht mehr mit dem Schlafen, nicht mehr mit dem Lohn und nicht mehr mit der langen Arbeitszeit. Und kaum waren Sie fort, ging es los. Zuerst in der La Aurora und dann am folgenden Tage in sämtlichen Bäckereien. Die wollen zwei Besos Mindestlohn, luftige Schlafräume und achtsündige Arbeitszeit.“

„Nun will ich Ihnen aber doch die Wahrheit sagen, Mr. Pratt,“ sagte ich darauf. „Mit dem Streik habe ich wirklich nichts zu tun. Ich habe Ihnen ja schon damals gesagt, als wir uns zum ersten Male trafen und Sie mir das mitteilten, was Mr. Shine über mich erzählt hat, daß rein zufällig immer da, wo ich arbeite oder wo ich gearbeitet habe, gestreikt wird, sobald ich mich da auch nur umgesehen habe. Dafür kann ich doch aber nicht. Das ist doch nicht meine Schuld, wenn es den Leuten nicht mehr gefällt und sie es besser haben wollen. Ich sage nie etwas. Ich bin immer ganz ruhig und lasse immer die anderen reden. Aber weiß der Kuckuck, überall, wohin ich komme, behaupten die Leute, ich sei ein Wobblly, und ich versichere Sie, Mr. Pratt, das ist —“

„— die reine und unverfälschte Wahrheit,“ beendete Mr. Pratt meinen Satz, den ich ganz anders zu beenden gedachte.“

Aber so geht das immer, wenn einem die Leute die Worte aus dem Munde nehmen und dann gar noch herum-drehen. Da braucht man sich wahrhaftig nicht zu verwundern, wenn sich die Menschen falsche Meinungen bilden. Sie sollen einen andern auch mal reden lassen. Aber stets und immer müssen sie sich in die Ansichten, die anderen Leuten gehören, hineinmischen. Kein Wunder, daß dann lauter Unsinn heraus- kommt.“

Funkturm-Einsturz am Magdeburger Platz.

Keine Personen verletzt.

Einer der beiden Funktürme des Berliner Rundfunksenders auf den Häusern der Rütgers-Werke, Lühnowstraße 33/36, ist gestern nachmittags durch einen starken Windstoß aus seiner Verankerung gerissen worden und eingestürzt. Die Trümmer des etwa 20 Meter hohen Turmes fielen auf die in dieser Zeit ziemlich belebte Straße, ohne einen der Passanten zu verletzen. Es dauerte längere Zeit, bevor es der Feuerwehr gelang, die schräg an die Hausmauer gelehnten Reste des Turmes aus ihrer für den Verkehr so gefährlichen Lage zu entfernen. Wie erfahren über den Unfall folgende Einzelheiten:

Auf dem Dach des Hauses Lühnowstraße 33/36, das den Rütgers-Werken gehört, und dem des Nebenhauses, Lühnowstraße 32, befinden sich zwei etwa 20 Meter hohe Satteltürme, zwischen denen die Sendeanenne gespannt ist. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde vermutlich durch den zeitweise einsetzenden Sturm der eine der Türme so stark erschüttert, daß ein Halbedrahlfuß, das mehrfach verankert war, plötzlich riß. Der 23 Meter hohe Holmast verlor das Gleichgewicht, senkte sich langsam über und stürzte, die anderen Halbedrahtseile mit sich reisend, auf die Straße. Der Turm durchschlug das Dach des Hauses und prallte mit dem einen Ende gegen das Mauerwerk des dritten Stockwerkes, in dem sich die Büros der Gasföhr-Ausführ-Verwertungsgesellschaft und der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke befinden. Ein Teil des Daches wurde vollständig eingedrückt und wie durch ein Wunder blieb eine große Anzahl von Arbeitern, die in den Dachgeschloßräumen Umbauarbeiten vornahmen, unverletzt. Im Stürzen schlug der hintere Teil des Mastes gegen einen vorspringenden Maueranteil des dritten Stockwerkes. Hierbei wurden die Fensterkreuze, ein Teil des Mauerwerkes und die Glascheiben in das Innere des Raumes geschleudert. Das Mauerwerk zeigt an zahlreichen Stellen erhebliche Risse. Glücklicherweise war in dem Zimmer, wo sonst zwei Stenotypistinnen arbeiten, niemand anwesend. Wenige Sekunden vorher hatten die Mädchen den Raum verlassen.

Von einer Angestellten wird uns folgendes geschildert: Es war kurz nach 2 Uhr, als ein donnerartiges Gepolter ertönte. Alles nahm zuerst an, daß ein Blitzschlag das Haus getroffen habe. Die Mauer erbebte in ihren Grundfesten, es gab ein Klirren, als ob eine Explosion stattgefunden hätte. Gleichzeitig schlugen aus der elektrischen Leitung Stahlfammen. Allen in den Räumen Beschäftigten bemächtigte sich eine Panik. Man glaubte zuerst an einen Blitzschlag, da aus der elektrischen Leitung größere Stahlfammen schlugen. Erst als sich die Erregung etwas gelegt hatte, erfuhr man, daß der auf dem Dach des Hauses befindliche Funk-

mast in die Tiefe gestürzt war. Ein auf dem Dach befindlicher Schornstein wurde in die Tiefe gerissen.

Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert und erschien mit mehreren Jagen unter Leitung des Baurats Rood an der Unfallstelle. Gleichfalls wurde ein größeres Aufgebot von Schutzpolizeibeamten alarmiert, die Absperrungen vornahmen. Zunächst wurden die zerstörten Drähte des Mastes, die sich über die Oberleitung der Straßenbahn gelegt hatten, heruntergeholt. Mit einer mechanischen Leiter wurden an dem einen Ende des abgestürzten Mastes Seile befestigt, und mit Hilfe eines Flaschenzuges wurde der Mast, der schräg gegen das Haus gelehnt war, herabgezogen. Das Ende des Mastes in einer Länge von etwa fünf Metern und einem Durchmesser von etwa einem Quadratmeter war total zersplittert. Ein Radfahrer, der im Augenblick der Katastrophe die Stelle passierte, kam unverletzt davon. Auch ein Arbeiter, der sich mit seinem Handwagen hier befand, konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Erst vor sechs Wochen soll eine Kontrolle der Masten und der Drähte stattgefunden haben. Die Prüfung wurde von der Firma vorgenommen, die den Mast seinerzeit errichtet hatte.

Weil schlimmer wäre das Unglück unweifelhaft verlaufen, wenn der eiserne Funkmast, der sich auf dem Dach des Hauses Lühnowstraße 32 befindet, umgestürzt wäre. Die Bau-polizei erschien an der Unfallstelle und nahm eine eingehende Unteruchung vor, die bis zur Stunde noch nicht abgeschlossen ist. Die Bauarbeiter, die im fünften Stockwerk beschäftigt waren, erzählen, daß ihnen während des ganzen Vormittags starke Erschütterungen der Turmkonstruktion aufgefallen wären. Sie gingen der Ursache aber nicht weiter nach, bis dann gegen 2 Uhr der Mast unter einem donnerartigen Getöse einstürzte.

Der Rundfunkbetrieb wird durch diesen Unfall nicht gestört, da die Darbietungen bis zur Wiederherstellung dieses Senders über Wühlben auf Welle 504 verbreitet werden. Möglicherweise werden nur die Rundfunkhörer, die in der Nähe des Magdeburger Platzes wohnen, einen etwas schlechteren Empfang als sonst zu verzeichnen haben.

Ein drohender Gerüstesturz beschäftigte die Feuerwehr ferner in der Chausseestraße. Die Türme auf dem Dach des Kaufhauses W. Stein sollten dort ausgebaut werden. Zu diesem Zwecke waren zwei große Gerüste aufgestellt worden. Bei dem Sturm, der gestern nachmittags herrschte, drohten die Gerüste auf die Straße zu stürzen. Die Feuerwehr wurde alarmiert und baute die Gerüste ab. Die Polizei sperrte die Straße für jeden Verkehr.

Eine Straßenbahnstrecke, auf der zu gewissen Stunden fast nur „besseres“ Publikum fährt: mit der 75 über Kaiserdamm, Charlottenburger Chaussee zum Brandenburger Tor. Jetzt sind die Fahrgäste ausnahmslos Arbeiter und Arbeiterinnen, die Männer mit Schillertragen oder buntem Vorhemdchen, den sogenannten „Chemilettes“, die älteren Frauen mit Küchenschürzen und Umhängelüchern, die jüngeren in billigen Sommerhöschen. Beinahe alle ohne Hut. Dann und wann steigen neue Fahrgäste ein; ehe sie sich ihren Platz suchen, wünschen sie „Guten Morgen“; Stimmen antworten, Köpfe nicken. Wenn galt wohl der Gruß? Man sieht sich um; sind das alles Angehörige einer Fabrik? Aber an dieser Haltestelle verläßt eine Frau, an jener ein Mann den Wagen, am Charlottenburger Ufer steigt gleich eine ganze Schar aus, und wieder klingt der Morgen-gruß hin und her. Und da begreift man und schämt sich. Wir sind uns ja alle so fremd geworden, daß wir immer wieder vergessen, daß wir eine Gemeinde, Kameraden sind, Gefährten nicht nur bis-weißen auf einer kurzen, heiteren Straßenbahnfahrt, sondern ein ganzes hartes, dunkles Leben hindurch. Hier weiß man das noch. Man kennt sich nicht und kennt sich doch, weiß nichts von einander und doch so viel. Denn ein Schicksal ist hier wie das andere. Und diese knappe Viertelstunde am Morgen mag manchen dieser Menschen Mut geben für einen langen, mühevollen Tag; er ist nicht allein. Ueberhaupt scheint es, als habe diese frühe Morgenstunde die Menschen und Dinge einander nähergerückt, die Isoliertheit entfernt, die sonst eins vom andern trennt. Eine lange Reihe Heu-wagen, die die „Linden“ herunterkommt, ein Milchwagen mit klappernden Kannen, der selbst auf diesem spiegelblanken Asphalt noch erheblichen Geräusch hervorbringt, scheinen in diesem Augenblick keine Ausnahmeerscheinung in dieser erklüfteten Straße. Und selbst den Schupomann hat diese Morgenstunde verändert: sonst Herr über das Heer der eleganten Autos, die auf seinem Wink halten müssen und weiterfahren dürfen, Herr dann und doch Maschine, steht er jetzt an dem Erdloch, aus dem die Kanalisationsarbeiter kaum noch mit den Köpfen herausgucken, und unterhält sich lebhaft und interessiert über technische Fragen. Die Frau, die gerade mit einem Handwagen, auf dem in einem Käfig wahrhaftig Gänse schnattern, in die Wilhelmstraße einbiegt, ist ja auch auf dem morgendlichen Asphalt noch völlig sicher. Doch dann, am Palais des Reichspräsidenten, beginnt der Tag. Vor der geöffneten Gartentür stehen zwei Schutzleute, rechts einer und links einer, stehen und sehen gradaus. Und neben dem Haustor steht rechts ein Soldat und links ein Soldat, eine Hand am Gewehr, die andere straff an der Hosennaht, starr und stumm. Vom Feldgrau ihrer Uniform und dem Feldgrau ihres Stahlhelms leuchtet ipthhaft lebendig das Rot der Gesicht und Hände.

Arbeitsnachweis und Arbeitsbeschaffung.

Beschlüsse der geistigen Magistrats-Sitzung.

Die Vorgänge im Arbeitsnachweis-Gormannstraße waren Gegenstand der Beratung des Magistrats. Man erkannte die Notwendigkeit der Verbesserung der räumlichen Zustände in den Arbeitsnachweisen an und beschloß, die Reparaturen schleunigst durchzuführen. Es wurde ferner erwogen, den Nachweis für Textil-arbeiterinnen in das zweite Stockwerk des Nachweises Gormannstraße zu verlegen. Ein Projekt hierfür wird vom Landesarbeitsamt innerhalb 8 Tagen vorzulegen sein. Zur Durchführung gründlicher Verbesserungen genügen aber die alten Räume nicht. Daher soll das Landesarbeitsamt und die Rathausverwaltung innerhalb 8 Tagen Vorlage über kurzfristige Anmietung von Räumen zur Vergrößerung der Nachweise machen. Die seit Monaten im Gange befindlichen Verhandlungen wegen Ankaufs eines eigenen Verwaltungsgebäudes für das Landesarbeitsamt sollen dringend fortgeführt werden. — Der Magistrat beschäftigt sich ferner mit der Frage der Arbeitsbeschaffung zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Er nahm den vorläufigen Bericht des für die Bearbeitung dieser Fragen bereits vor drei Wochen eingeleiteten Magistratsausschusses entgegen. Dieser plant Vorschläge für umfangreiche Tiefbauarbeiten, größere Arbeiten in der Stadtentwässerung, Durchführung des Programms für neue Wohnbauten, Reklamationsarbeiten, sowie Arbeiten zur Erweiterung der Sportplätze und der Friedhöfe. Die Beschleunigung der Bauten an der Hoch- und Untergrundbahn soll eintreten, sobald die Frage einer hierfür aufzunehmenden Anteile geklärt ist. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel für größere Arbeiten sind bereits freigegeben, soweit Projekte vorliegen. Die Verwaltungen, welche endgültige Projekte noch nicht vorgelegt haben, sind zur schleunigen Vorlage aufgefordert worden. Die für Schul- und Neubau vorgesehenen Mittel sollen im Einverständnis mit der zentralen Hochbau- und Schulverwaltung sofort freigegeben werden. Die endgültigen Beschlüsse des Ausschusses sollen am Freitag vormittag festgelegt und am Freitag nachmittag in einer außerordentlichen Magistrats-sitzung genehmigt werden.

Rückständlose Zahlungseintreibung.

Ran schreibt uns aus Lesekeisen:

Bald nach Einführung der Festsart ging auch die Nähmaschinen-firma Singer u. Co. dazu über, wieder, wie in der Vorkriegszeit, Nähmaschinen auf Teilszahlung an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Es wurde ausdrücklich durch die Filialleiter erklärt, daß bei Erwerbslosigkeit und Krankheit die größte Rücksicht geübt werden würde. Um so mehr muß es in der Dessenlichkeit bekannt werden, daß die Firma sich jetzt nicht scheut, trotz der Dauererwerbslosigkeit von Hunderttausenden mit aller Strenge gerichtlich gegen diese Armen vorzugehen. Wie aus einer Aufstellung hervorgeht, hat ein Käufer einer Singer-nähmaschine bis zu seiner Erwerbslosigkeit pünktlich die vereinbarte Rate geleistet und auch bis Erhalt des Zahlungsbefehls jeden Monat von seiner Erwerbslosenunterstützung noch Teilszahlungen entrichtet. In diesem Fall betrug der Kaufpreis 330 M. 310 M. waren bereits bezahlt. Trotzdem wurden laut Zahlungsbefehl noch 46 M. als Restschuld eingeklagt, wenn auch der Vertreter der Singer Co. beim Amtsgericht Berlin-Mitte in dem angelegten Termin dann keine Forderung auf die wirkliche Schuld von 20 M. erwähigte. Es scheint angebracht, zu empfehlen, beim Kauf von Singer-nähmaschinen sich vorher schriftlich bestätigen zu lassen, daß bei unerwarteter Notlage auch wirklich Rücksicht geübt wird, um später nicht bitter enttäuscht zu werden und obendrein noch Gerichtskosten zahlen zu müssen.

Fahnenweihe in Osthavelland.

Am letzten Sonntag fand in Bölow (Osthavelland) die Fahnenweihe der dortigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, zu der sich mehrere tausend Republikaner eingefunden hatten. Im Namen des Kreises Osthavelland sprach der Landrat des Kreises, Staatsminister a. D. Genosse Stiering, warmherzige Begrüßungsworte. Die Festrede hielt Genosse Robert Bräuer. Das Reichsbanner, führte er u. a. aus, ist eine lebende Mauer, die schützend die freiheitliche Republik umgibt. Jede Ortsgruppe in dieser Mauer ist ein Turm, von dem das Warnungssignal tönt, wenn es irgendwo im Lande die Reaktion versuchen würde, diese Mauer zu durchbrechen. Die Fahnenweihe nahm Kamerad Schneider vom Gauvorstand vor. Die Farben des großdeutschen Banners schwarzrotgold sind für uns mehr als ein bloßes Symbol. Sie bilden für uns die Zusammenfassung all dessen, was uns im Kampf um die Republik befeuert. Gleichseitig gedachte er der Toten der Republik. Mit einem großen Umzug fand die Feier ihren Abschluß.

Schnelljustiz und soziale Gerichtshilfe.

Ein notwendiger Vorschlag.

An dieser Stelle ist immer und immer wieder betont worden, daß es so, wie der Einzelrichter der Schnelljustiz am Polizeipräsidium seine Tätigkeit ausübt, nicht weiter gehen kann. Hier wird Bemunft nicht selten Unsinn, Wohltat Plage. Die Vorteile der schnellen Aburteilung sind oft genug hervorgehoben worden, sie sollen auch im Augenblick nicht verkannt werden. Das Bestreben, menschlich zu urteilen, das in vielen Fällen besteht, ist auch oft genug unterstrichen worden. Und trotzdem: so darf es nicht weitergehen. Die Schnelljustiz verlockt zu unvertretbaren Urteilen; die Unvollkommenheit des Ermittlungsapparates hindert den Richter, in seinen Urteilen der Persönlichkeit des Angeklagten und dessen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

So entstehen zwei Forderungen: Einmal muß die gefehlte Möglichkeit gegeben werden, nach der ersten richterlichen Vorführung die Sache, falls nötig, für einige Tage auszusparen, damit die Ermittlungen über die Persönlichkeit des Angeklagten gemacht werden könnten; zum anderen muß dafür gesorgt werden, daß für sorgeorgane die Recherchen über die Persönlichkeit des Angeklagten übernehmen und sich des Angeklagten, wenn nötig, auch nach der Verhandlung annehmen. Das, was das Jugendamt hinsichtlich der jugendlichen Angeklagten, und die Frauenhilfsstelle hinsichtlich der angeklagten gefährdeten jungen Mädchen leistet, mußte Aufgabe der sozialen Gerichtshilfe in all den Fällen werden, wo Ermittlungen und Hilfe notwendig sind. Augenblicklich ist es aber so, daß selbst das Jugendamt wegen der Kürze der Zeit, die ihm zwischen Entlieferung des Rechtsbrechers ins Polizeipräsidium und seiner Aburteilung zur Verfügung steht, nicht in die Lage kommt, die nötigen Recherchen zu machen. Besser wäre es aber möglich, daß ein sozialer Beamter, auf Grund von Vereinbarungen zwischen Jugendamt, Wohlfahrtsstelle am Polizeipräsidium, Frauenhilfsstelle und sozialer Gerichtshilfe, die ihren Sitz in Moabit hat, alle diese Organe in seiner Person vertritt und einerseits die nötigen Ermittlungen vor der Verhandlung vornimmt, andererseits der Gerichtsverhandlung von Anfang bis zu Ende beiwohnt, damit in allen Fällen, wo Hilfe im Interesse des Angeklagten und der Gesellschaft notwendig wird, eingegriffen werden kann. Es genügt schon an einem Tage, etwa 10 Gerichtsfällen über sich ergehen zu lassen, um sich davon zu überzeugen, daß nicht selten geholfen werden könnte, und daß den Angeklagten durch das bloße Beurteilen ohne Rücksicht auf die Folgen der Strafe immer wieder Unrecht geschieht. Ganz anders könnte aber der Richter urteilen, wenn er auf Grund vorhergegangener Recherchen über die Persönlichkeit der Angeklagten mehr wüßte und deren Angaben richtig einzuschätzen in die Lage käme. Das geben Staatsanwälte und Richter auch selbst zu. Es wäre notwendig, daß der soziale Beamte seinen Sitz am Polizeipräsidium selbst hätte, die Akten sofort nach der Vernehmung der Eingeleiteten zur Bearbeitung bekäme und in allen Fällen, wo es irgendwie von Vorteil erscheint, die Ermittlungen über die Persönlichkeit des Angeklagten übernehme. Dies könnte durch telefonische Anfrage an die Polizeiredire oder Bezirksämter geschehen, die die Resultate ihrer Recherchen entweder am selben Tage je nachdem, schriftlich oder telefonisch, mitzuteilen hätten. So wäre der soziale Beamte imstande, bereits am nächsten Tage dem Gericht über die Persönlichkeit des Angeklagten Auskunft zu erteilen. Schwieriger würde sich die Lage in den Fällen gestalten, wo es sich um Auswärtige handelt. Natürlich müßte der soziale Beamte auch Sprechtaubstumm mit dem Eingeleiteten haben.

Die soziale Gerichtshilfe oder wie sie sich nennt, Gerichtshilfe für Erwachsene, ist erst im Entstehen begriffen. Beim Schnellgericht erwächst ihr aber eine äußerst dankbare Tätigkeit, deren Inangriffnahme ohne weiteres möglich wäre. Der neueste Erlass des preussischen Justizministers, der von den Staatsanwälten und Richtern peinlichste Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten fordert, muß beim Richter der Schnelljustiz, so wie er heute ist, allzu oft ein bedeutungsloses Blatt Papier bleiben. Daß er aber verwirklicht werde, dafür könnte die soziale Gerichtshilfe sorgen.

Das Rose-Theater hat sich seit langen Jahren wieder behauptet. Man erfreute sich gerade im letzten Winter an der zwar literarisch nicht sehr anspruchsvollen, aber doch mit wenigen Ausnahmen gesunden geistigen Kost, die hier geboten wurde. Nun aber scheint die Gartenbühne andere Bahnen einschlagen zu wollen. Edmund Binder, der hier für die Regie verantwortlich zeichnet, bevorzugt ausgesprochenen Kitsch. Die „Förster-Christi“, deren sentimentale Melodien in einer ordnen- und unvorsorglichen Zeit immerhin noch ihr Publikum fanden, wickelt hier in der Berliner Arbeiterergand nicht nur geschmacklos, sondern geradezu wie ein offener Hohn. Das Rose-Theater sollte es sich wahrlich reiflich überlegen, ehe es seinen bisher löblichen Kurs ändert. „Der Kaiser will

mit mir tanzen — der Kaiser; ein höheres Glück gibt es nicht mehr“ — es ist ein Wunder, daß bei solchen Sätzen, die stellenweise den ganzen Dialog überhaupt ausmachen, den Schauspielern nicht bereits bei der Leseprobe schlecht wurde.

Der erfolgreiche Heiratschwindler.

Er findet immer wieder Gläubige!

Vor dem Schöffengericht erschienen gestern in großer Zahl Frauen und Mädchen als Zeuginnen gegen den angeblichen Opfernführer Julius Wendel. Sie waren sämtlich die Opfer dieses gewerbsmäßigen Heiratschwindlers, der sein Gewerbe schon seit Jahren betreibt und immer wieder dafür ins Gefängnis, zuletzt sogar ins Zuchthaus gekommen war. Ob Wendel wirklich, wie er angab, Opfernführer von Beruf ist, konnte das Gericht nicht feststellen; er behauptete, daß er seit langem beschäftigungslos sei. Da er auch mit nur ganz kurzen Unterbrechungen seit vielen Jahren ständig hinter Pfingsttoren zugebracht hat, muß es auch schon sehr lange her sein, daß er seine Gesangskünste öffentlich gezeigt hat.

Die Aussicht, Gattin eines Tenors an der Staatsoper zu werden, lockte aber eine ganze Anzahl von Frauen und Mädchen. Unter allen möglichen Vorspiegelungen versand es der Opfernführer, von seinen „Bräuten“ Geld zu erschwindeln, um sich aus „augenblicklicher Verlegenheit“ auszuheilen zu lassen. Eine junge Schneiderin wurde von ihm völlig ausgeplündert. Ihr gegenüber hatte er sich zur Abwechslung als Obergenieieur bei einer Elektrizitätsfirma mit 1500 Mark Monatsgehalt ausgegeben. Nachdem er ihr schon beträchtliche Summen abgenommen hatte, erzählte er, daß er von seiner Firma nach Spanien versetzt worden sei und sie nun schnell heiraten wolle, damit sie ihn als seine junge Frau nach dem sonnigen Süden begleiten könne. An dem Tage hatte er gerade wieder nicht zur Bank gehen können und war daher ohne Geld. Das betörte junge Mädchen gab ihm noch das letzte Geld, das sie für Geschäftseinkäufe zurückgelegt hatte. Dann hörte sie nichts mehr von ihrem Zukünftigen. Der Angeklagte suchte sich damit zu verteidigen, daß er für seine alte Mutter und für seine gelähmte Schwester hätte sorgen müssen und daher nur aus Not gehandelt habe. Seine letzte „Braut“ belehre aber das Gericht, daß auch das Schwindel sei. Gerade seiner armen Schwester hätte er die letzten Sachen aus dem Spind gestohlen und zu Geld gemacht. Das Schöffengericht Mitte erkannte gegen ihn auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, sowie 600 Mark Geldstrafe, wofür ein weiterer Monat Zuchthaus bei Nichtzahlung in Kraft treten soll.

Autorenrennen und Autoindustrie.

Vom Reichsverband der Automobilindustrie E. V. Berlin erhalten wir eine Zuschrift zu dem in der Morgenausgabe vom Dienstag, den 13. Juli, erschienenen Artikel „Fort mit der Autos-Bahn!“, in dem u. a. auch die Stellungnahme eines Arbeitnehmers aus der Automobil- und Motoren-Industrie über die Autorenrennen wiedergegeben war. In der Zuschrift heißt es: „Ohne zu dem übrigen Inhalt dieser Neuerung, die sich in diesem mit unferen Ansichten deckt, Stellung zu nehmen, müssen wir jedoch aufs entschiedenste Verwahrung gegen den Vorwurf einlegen, daß die privotwirtschaftliche Automobilindustrie aus Neffamegründen, die sie mit jedem Preis, auch mit Menschenleben bezahlt, das Rennen auf der Aous-Bahn veranstaltet hat. Die deutsche Automobilindustrie, die im übrigen mit der Veranstaltung des Rennens gar nichts zu tun hatte, hat sich lange gegen jegliche Beteiligung an Automobilrennen geweigert. Erst die immer dringlicher werdenden Stimmen von allen Seiten und der Presse haben die deutsche Automobilindustrie veranlaßt, ihre strikte Ablehnung der Automobilrennen aufzugeben.“

Tödlicher Betriebsunfall bei Siemens. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vor einigen Tagen in den Siemenswerken in Siemensstadt. In einer Montagehalle

HAG

Leute, die Coffein nicht vertragen, aber den Genuß von Kaffee nicht entbehren mögen, sind in der glücklichen Lage, im Kaffee Hag einen wertvollen Ersatz zu haben. Der Kaffee Hag ist ein Kaffee vorzüglicher Qualität, dem das Coffein, also der Giftstoff, bis auf Spuren entzogen ist, ohne daß der Geschmack dadurch im mindesten leidet.

Dr. med. Max Schirmer, Bad Salzschlief

Landwirtschaftliche Zins- und Kreditfragen.

Was ist mit den Hochwasserschäden?

Die bevorstehende Erntebergung, die Beschaffung der Ernte aus Reichsbankmitteln, die im Winter fälligen Rückzahlungen der Rentenbankkredite und auch die beabsichtigte Regulierung der Hochwasserschäden rücken die landwirtschaftlichen Zins- und Kreditfragen wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Wir haben es immer für die Landwirtschaft als gefährlich bezeichnet, daß die Kredite und mit ihnen die laufenden Schulden in langfristigen Realcredit umgewandelt wurden. Wir können heute mit Benutzung feststellen, daß insbesondere die landwirtschaftlichen Genossenschaften die Gefahr dieser Kredit- und Zinslastenhäufung erkannt haben und sich dagegen zur Wehr setzen, wie aus der Rostocker und Hamburger Tagung deutlich geworden ist.

Eine befremdliche Kundgebung.

Aber eine Zuschrift aus Kreisen der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, die sich im Anschluß an die Zinsquote der Reichsbank mit der Zinspolitik und dem Problem der Zinspanne befaßt, erregt doch lebhaftes Bedenken. Mit Recht wird da gesagt, daß das richtige Verhältnis zwischen Soll- und Habenzinsfuß der Kernpunkt der genossenschaftlichen Zinspolitik ist. Wenn man aber erwarten würde, daß sich die Zuschrift grundsätzlich für eine möglichst niedrige Zinspanne ausspricht, um den Dienst der Genossenschaften für ihre Mitglieder möglichst billig und vor allem nachhaltig und intensiv zu gestalten, so irrt man sich leider. Nicht dieser Gesichtspunkt ist in den Vordergrund gestellt, sondern der der Bildung von Eigenkapital, der Verwaltungskosten und der Kreditrisiken. Man muß das um so mehr bedauern, als genau das auch der Standpunkt der privatkapitalistischen Banken ist, die ebenfalls erst von ihren Kosten und Risiken ausgehen, daneben natürlich auch von der gewünschten Dividende und dann erst sich ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben erinnern. Nun sind wir weit entfernt, die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften den Privatbanken in ihrem Verhalten irgendwie gleichzustellen. Aber es ist doch bekannt, daß die Verwaltungskosten bei sehr vielen landwirtschaftlichen Kreditorganisationen noch zu hoch und durch Rationalisierung noch stark abbaufähig sind, trotz der vielfach unproduktiven Mehrbelastung, die die zahlreichen Sonderkredite gebracht haben. Angesichts dieser Tatsache ist es gefährlich und auch dem Ansehen der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften abträglich, wenn diese in den Augen der Öffentlichkeit in das gleiche Horn stoßen wie die Privatbanken. Außerdem wäre es volks- und privatwirtschaftlich durchaus abwegig, wenn die genossenschaftlichen Kreditanstalten glauben würden, etwa durch Weithaltung der Zinspanne die Bildung von Eigenkapital bei den Genossenschaften fördern und damit ihre Leistungsfähigkeit steigern zu können. Dieses neue Eigenkapital zahlt so oder so der Landwirt; für diesen aber wäre es viel nützlicher, wenn es von vornherein seinen Betriebsmitteln nicht entzogen würde, weil er es nur durch die Verwaltungskosten der Kassen verteuert wieder erhalten kann.

Der Ausweg.

Nun weiß man sehr wohl, wo die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften der Schuh drückt. Einmal fehlt ihnen tatsächlich weitgehend die Einlagebasis der Mitglieder, von der aus sie früher selbständig ihre Hauptgeschäfte betreiben konnten. Zum großen Teil sind sie wie ihre Mitglieder auf die Kredite angewiesen, die ihnen von oben zugeleitet werden: Staat, Goldkredit, und Reichsbank, Rentenbankkredit und Preußenkasse. Sie haben auch, im Gegensatz zu den Privatbanken, nichts anderes als dieses heute sehr gedrosselte Kreditgeschäft, die profitablen Börsengeschäfte von heute sind ihnen mit Recht verfallen, und die Habenzinsen, die sie auf die dürftigen Einlagen gewähren, sind um so mehr der einzige Rückhalt, als ihnen in vielen Fällen die Kreditzinsen noch oben vorgeschrieben sind. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die verkehrte Politik der offiziellen Kredithäufung die Verlustgefahr nicht geringer macht und daß die Bildung von entsprechenden Verlustreserven notwendig ist. So ist die Größe der Zinspanne gewiß sehr wichtig. Ausschließen aber muß man, daß die Zinspanne deshalb weitgehalten wird, um Eigenkapital bei den Organisationen zu bilden. Wenn heute bei den Rentenbankkrediten ein letzter Satz von 8% Proz. gilt und für Zentralkassen und Genossenschaft eine Zinspanne von 2 1/2 Proz. besteht, so mag das für zwei Vermittlungsstellen wenig sein. Das erste aber, was dann gefordert werden muß, ist der weitestgehende Abbau der eigenen Kosten, die Verbilligung des Gesamtapparats und darüber hinaus die Bekämpfung von Krediten, die nur neue Kosten und Risiken bringen, ohne dem Landwirt zu nutzen. Hier liegen große Möglichkeiten, die leider auch aus politischen Gründen vielfach verkannt werden, weil gewisse Kreise noch immer mit Kreditverordnungen die Landwirte politisch zu fördern suchen. Endlich aber mögen Wege gesucht werden, ohne Benachteiligung der Kreditnehmer, die Zinsfrage in den Einzelfällen so elastisch zu gestalten, so daß auch die Genossenschaften auf ihre (notwendigsten) Kosten kommen. Jedenfalls würde aber der Schaden notwendig vergrößert werden, wenn ausschließlich auf die Kosten geachtet würde, die tausend Wege zur produktiveren Anwendung der geborgten Kredite aber unausgenutzt blieben.

Politische Momente scheinen auch schon in die Regulierung der Hochwasserschäden hineinzuspielen. Eine große Anzahl von Verbänden, welche dem Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe angeschlossen sind, haben sich an Besichtigungen von Hochwasserschäden beteiligt; sie haben einstimmig erklärt, daß die von den Finanzministern vorgeschlagenen Schadensfeststellungen durchaus nicht ausreichend sind und sehr häufig vorgenommen werden. Diese Einstimmigkeit in sachverständigen Kreisen sollte zu denken geben. Dabei scheint es sich aber nicht nur um eine gewisse Fahrlässigkeit zu handeln. Der Kreisbauernbund Hirschberg-Löwenberg erklärt in einer Bekanntmachung an seine Mitglieder:

„Es besteht die Befürchtung, daß befangene Abschätzungskommissionen sich betätigen werden. Wir bitten, falls irgendein Bauernbündler sich durch zu niedrige Abschätzung beschwert fühlt, dies unverzüglich an die Geschäftsstelle zu melden.“

Daraus geht hervor, daß diese „Befangenheit“ sich gegen die kleinen und mittleren Bauern äußert, daß sie aber nicht vorhanden ist, wenn es sich um großgrundbesitzende Landwirte handelt.

Diese Gefahr wird erhöht durch die Bestimmung, daß im allgemeinen nur Schäden zu berücksichtigen sind, die mehr als 30 Proz. der gesamten Anbaufläche umfassen. Durch diese Regulierung wird der Großgrundbesitz immer profitabler, wenn auch die prozentuale Entschädigung mit der Größe des Gesamtbesitzes abnimmt, zumal da der kleinere Grundbesitz infolge der Zerstückelung unter Umständen nicht die 30prozentige Beschädigung erreicht. Dabei kann der mit 20 Proz. der Anbaufläche geschädigte Kleinbauer schwerer betroffen sein, wie der mit 30 Proz. der Anbaufläche geschädigte Großgrundbesitzer, der 40 Proz. des Schadens erhält. Wo auch in dem Falle schematischer Bureaukratismus, wo besonders Individualität und lokale Behandlung notwendig ist.

Trotz dieser schematischen Behandlung liegt hier heute noch kein sichhaltendes Material über die Auswirkung und Verteilung der Hochwasserschäden vor. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieses auf dem schärfsten Wege zusammengefaßt wird, damit sich die Öffentlichkeit ein Bild über die Ausdehnung

des Schadens machen kann. Es ist von sachverständiger Seite zweifellos festgestellt, daß in verschiedenen Gegenden, besonders in solchen mit leichterem Boden, die Ernteaussichten wesentlich günstiger sind als in anderen Jahren, so daß ein gewisser Ausgleich für die Ernteaussfälle in den Hochwassergebieten entsteht. Und darauf kommt es letzten Endes an. Wie die Dinge aber jetzt liegen, besteht die große Gefahr, daß dem Großgrundbesitz wieder Millionen von Entschädigungen in die Tasche fließen, zu denen noch Steuererleichterungen kommen, Steuererleichterungen, die ohnehin schon in ausreichendem Maße vorhanden sind, da die Steuer nach dem Ertrage fällt. Das führt zu geradezu grotesken Erscheinungen. Nach einem vorliegenden Protokoll über einen Schlichtungstermin, der am 3. April 1925 in Herzogswalde in Schlesien stattgefunden hat, beträgt dort der Wehrbeitragswert der Gutsflächen pro Hektar 1800 M. Der Rittergutsbesitzer Kuegauer forderte aber für den Hektar Ansetzungsland 2700 M., das ist eine Differenz von 900 M. pro Hektar. Da das Rittergut Herzogswald 360 Hektar umfaßt, ergibt das eine Differenz von 345 000 M., um die sich das Finanzamt „geirrt“ haben mußte. Und das nur in einem Falle, bei einem nicht übermäßig großen Besitz!

Der Gedanke mag nahe liegen, diesen Fragenskomplex in Zusammenhang zu bringen mit den landwirtschaftlichen Krediten dergestalt, daß die weniger Betroffenen, vor allem die Landwirte mit guten Ernten, zur Zurückzahlung der Kredite angehalten werden sollen, und daß die so freierwerdenden Kredite anderweitige Verwendung finden können. Angesichts der ganzen Verteilung der Kredite in die Landwirtschaft besteht die Befürchtung, daß die bisher gewährten Kredite nicht allерwege und nicht in dem notwendigen Umfange produktive Verwendung gefunden haben, und daß man sich den sonst nicht gerade beliebten Staat als Kreditgeber gerne gefallen läßt, ohne daran zu denken, daß dieser Kredit im Dienste der Allgemeinheit doppelt verpflichtet ist.

Da das Hochwasser abgeebbt ist, muß von diesen Dingen deutlicher gesprochen werden, schon im Interesse der notwendigen Klarheit und Durchsichtigkeit. Reich und Länder müssen diese Klarheit fordern, sie müssen wissen, wohin die Gelder kommen und wie sie Verwendung finden. Das erfordert auch das Interesse der kleineren und mittleren Landwirte, erfordert die Sorge um das Wohl der Allgemeinheit.

Der Arbeitsmarkt in der dritten Juliwoche.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die dritte Juliwoche sind im Osten Deutschlands leichte Besserungen der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen, während die Berichte aus Mittel- und Westdeutschland, insbesondere aus Berlin und Rheinland-Westfalen, weiterhin ein zum Teil recht ungünstiges Bild zeigen. Das allgemeine Kennzeichen ist schwankende Beschäftigungsmöglichkeit und im Zusammenhang damit starke Fluktuation der Arbeitskräfte. Die Landwirtschaft zeigte gute Ausnahmeleistung, auch für das Baugewerbe lauten die Meldungen etwas günstiger. Die Besserung im Bergbau hielt an, dagegen neigt die Lage der Metallindustrie, mit Ausnahme von Hannover, überall zur Verschlechterung. Unbetrieblig ist der Beschäftigungsgrad weiterhin im Vertriebsleistungsgewerbe, der Holz- und Bekleidungsindustrie.

Der deutsche Außenhandel im Juni.

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist, wie wir bereits meldeten, im Juni zum ersten Male in diesem Jahre passiv. Der Einfuhrüberschuß im Juni beträgt insgesamt 35 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 33 Millionen Reichsmark, während der Mai einen Ausfuhrüberschuß von 27 Millionen Reichsmark, der April von 56 Millionen Reichsmark aufwies.

	Einfuhr		Ausfuhr			
	Juni	Mai	Juni	Mai		
Lebende Tiere	10,0	8,5	44,9	1,1	0,9	5,9
Lebensmittel u. Getränke	292,9	282,2	1514,2	27,0	25,5	242,6
Rohstoffe und halbfertige Waren	898,8	824,4	2108,9	179,6	154,5	1004,8
Fertige Waren	102,2	87,8	582,6	561,0	547,9	8515,0
Rein. Warenverkehr	791,9	702,9	4223,6	788,7	733,8	4769,3
Gold und Silber	4,0	3,8	140,7	1,8	1,9	21,8
Zusammen	795,9	706,7	4364,3	790,5	735,7	4791,1

Der Menge nach betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr			
	Juni	Mai	Juni	Mai		
Lebende Tiere	100,1	88,0	430,1	4,1	8,7	15,4
Lebensmittel u. Getränke	7437,3	7175,1	85200,4	1598,4	1229,6	11044,6
Rohstoffe u. halbfertige Waren	25255,4	23555,8	145228,9	42129,0	83008,2	184805,5
Fertige Waren	940,2	849,5	4716,5	5928,8	5642,2	86045,5
Waren aller Art	33733,0	31668,4	183584,9	49560,3	40781,7	232901,0
Gold und Silber	0,8	0,4	3,0	0,1	0,1	1,8
Zusammen	33733,8	31668,8	183587,9	49560,4	40781,8	232902,8

Im einzelnen ist zu den von uns bereits mitgeteilten Ergebnissen folgendes zu berichten:

Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 10,7 Mill. RM. Einfuhrsteigerungen sind festzustellen hauptsächlich bei Kartoffeln, pflanzlichen Ölen und Fetten, Küchengewächsen und Schmalz. Zurückgegangen ist dagegen die Einfuhr an Weizen (um 10,9 Mill. RM.) und an Süßfrüchten.

Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 62,4 Mill. RM. auf. Daran sind die Textilrohstoffe mit 21,6 Mill. RM. (darunter Wolle mit 17,8 Mill. RM.) beteiligt. Beträchtlichere Steigerungen zeigen ferner Felle von Pelzwerk, Kupfer, Tierfett und Rohstoffe und Rindhäute.

Die Fertigwareneinfuhr zeigt eine Zunahme um 14,4 Mill. Reichsmark. Davon entfallen 7,5 Mill. RM. auf Textilfertigwaren (Garn), 1,4 Mill. RM. auf Walzwerkzeugnisse und Eisenwaren.

Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist gegenüber dem Vormonat eine geringfügige Zunahme (um 1,5 Mill. RM.) auf.

Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Steigerung um 25 Mill. RM. Daran sind hauptsächlich beteiligt: Steinkohlen (mit 13,2 Mill. RM.), auch eine Wirkung des englischen Kohlenstreiks) und schwefelhaltiges Ammoniak. Die Ausfuhr an Textilrohstoffen ist nahezu unverändert geblieben.

Bei der Ausfuhr an Fertigwaren ist nur eine unbedeutende Steigerung (um 3,1 Mill. RM.) festzustellen. Die Textilfertigwaren erzielten gegenüber dem Vormonat eine unbedeutende Zunahme (um 1,9 Mill. RM.); ebenso ist die Zunahme bei den Walzwerkzeugnissen und Eisenwaren geringfügig (2,2 Mill. RM.). Unbetrieblig weisen auf: Farben, Firnisse und Lade (um 3,7 Mill. RM.) und Maschinen (um 1,1 Mill. RM.).

Hotelbetriebs-V. G. Zu unserem Artikel in Nr. 164 bitten uns die Gastwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. (Gabege) mitzuteilen, daß der Restaurationsbetrieb im Reichstag seit 1921 nicht mehr durch die Hotelbetriebs-V. G., sondern durch die Gabege bewirtschaftet wird, die dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafangestellten nahesteht.

Zwei Seelen in einer Brust.

Der Berliner Einzelhandel hat mit seinen auf Abbau der Angestelltengehälter zielenden Bestrebungen einen vollen Erfolg gehabt. Das beweist der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, den wir früher gekennzeichnet haben. Es ist nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß die Lohnabbaupolitik des Einzelhandels sich völlig im Widerspruch zu den theoretischen Grundgedanken befindet, die die amtliche Organisation des Einzelhandels vertritt.

Die Nr. 26 der „Textil-Woche“, des Organs des Reichsbundes des Textileinzelhandels, enthält einen Leitartikel mit der Überschrift „Ist das Arbeitslosenproblem unlösbar?“ In diesem Aufsatz wird die Lösung abhängig gemacht von einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftspolitik. Abbau der Löhne, Abbau der Kartelle, die den notwendigen Preisabbau hemmen, sind die Forderungen. Wörtlich heißt es da:

„Ein großer Teil der Arbeitslosen könnte mühelos beschäftigt werden, wenn nur die Preise im richtigen Verhältnis zur Kaufkraft der Konsumenten stünden.“

Das ist unsere Ansicht. Aber wie sorgt der Einzelhandel für die praktische Durchführung dieser richtigen Theorie? Dadurch, daß er die Kaufkraft durch Lohnrückerstattung abbaut und dem Markt noch mehr Konsumenten als bisher entzieht. Hohe Löhne — fordern sie für die Arbeiter. Nur zahlen sollen sie die anderen. So macht es jeder Teil der Wirtschaft, bis der allgemeine Lohnabbau herauskommt. Und das ganze heißt „planmäßige Wirtschaftsführung“ im Lichte kapitalistischer Interessenpolitik.

Der englische Aluminiumtrust.

Unser norwegischer Mitarbeiter schreibt uns:

Der norwegische Staat hat die Wasserkräfte des Glomfjords an die englische Aluminium Corporation Ltd. verpachtet. Der Pachtvertrag läuft bis zum Jahre 1982. Der norwegische Staat selbst erwacht das Objekt mit dem ersten, damals dort bestehender Kraftwerk, an denen deutsches Kapital stark beteiligt war, im Jahre 1916. Die Bedingungen, unter denen der Pachtvertrag zwischen der englischen Firma und dem norwegischen Staat abgeschlossen worden ist, kennzeichnen die Wasserkräftepolitik, die man in Norwegen jetzt betreibt. Darüber hinaus gewährt der Vertrag einen interessanten Einblick in die englische Wirtschaftsexpansion der Nachkriegszeit. Es prägt sich hier der in letzter Zeit viel erörterte „friedliche“ Imperialismus aus.

Die Aluminium Corporation Ltd. ist die Hauptgesellschaft eines englischen Aluminiumtrusts, zu dem in erster Linie 6, zum größten Teil in Wales beheimatete Werke gehören. Der Trust arbeitet mit einem Aktienkapital von über 5 Millionen Pfund (100 Millionen Goldmark), besitzt eine Tochtergesellschaft in Frankreich und legt keine Produkte vorzugsweise in Japan, Australien und Indien ab. Seit hat er sich durch den Pachtvertrag mit dem norwegischen Staat verpflichtet, binnen drei Monaten eine Firma mit dem Sitz in Norwegen und unter dem norwegischen Namen A. S. Haugewill Smelteværk zu errichten. Dieses neue Werk ist auch im abgeschlossenen Vertrag formell Inhaberin der Pacht. Von englischer Seite ist ein Aktienkapital in Höhe von 3 Millionen Kronen zu beschaffen, während der Aufsichtsrat zum größten Teil aus in Norwegen ansässigen norwegischen Staatsbürgern bestehen soll. Im Jahre 1930 und 1932 sind Erhöhungen des Aktienkapitals vorgesehen. Von den bis jetzt vorhandenen Werken übernimmt die neue Gesellschaft zwei, die augenblicklich zusammen 36 000 Kilowatt liefern können. Weiter ist sie vertraglich verpflichtet, sofort mit der Einrichtung einer Aluminiumraffinerie und -Schmelze zu beginnen. Das Rohmaterial liefert die englische Hauptfirma, der auch die Lieferung von Elektroden obliegt; das fertige Aluminium geht an die englischen Fabriken zurück. Hinsichtlich der einzustellenden Arbeiter bestimmt der Pachtvertrag, daß diese, bis auf die Spezialisten, Norweger sein müssen. Man denkt fürs erste 50 Arbeiter beschäftigen zu können. Die Zahl soll dann, wenn der normale Vollbetrieb im Gange ist, auf 600 gesteigert werden.

Finanziell gesehen bedeutet der Pachtvertrag eine gute Einnahme für den norwegischen Staat, denn die Pachtsumme beträgt bis 1930 jährlich rund 600 000 Kronen und von da ab pro Jahr 2 Millionen Kronen. Außerdem bezahlt die Gesellschaft jährlich 3 Kronen für jeden Kilowatt Stromverbrauch. Aber auch die englische Gesellschaft wird auf ihre Kosten kommen. Der wirkliche Vorteil für sie liegt in der durch den Pachtvertrag vollzogenen Erweiterung der Reichweite des englischen Trusts.

Die Annahme des Pachtvertrages im norwegischen Parlament ist so gut wie sicher. Die englische Gesellschaft war übrigens nicht der einzige Biethaber für die Stromkräfte. So hatte u. a. die deutsche Rhein-Elbe-Union (Rudruff) sich um einen Pachtvertrag bemüht. Sie hat aber davon Abstand genommen, da sie die günstigen Bedingungen, die die Engländer gewährt haben, nicht annehmen konnte oder wollte.

Zur Beschaffung von Landmaschinen wurde bekanntlich vor Monaten eine Kreditaktion eingeleitet, die auf eine Gewährung bjm. Finanzierung von Krediten bei dem Bezug von landwirtschaftlichen Kraftmaschinen hingiel. Jetzt wurde ein Aufsichtsrat für die Durchführung der Kredite eingesetzt. Dieser besteht aus 17 Mitgliedern, von denen je 7 den von der deutschen Rentenbankkreditanstalt unterstehenden Organisationen und den privaten und öffentlichen Bankanstalten angehören. Das Reichsfinanzministerium und das Reichsernährungsministerium ist durch je ein Mitglied vertreten. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der bekannte ehemalige Staatssekretär Dr. Hagedorn, der vor kurzem aus dem Ernährungsministerium ausgeschieden ist und bei der Errichtung der Getreidehandels G. m. b. H. eine Rolle gespielt hat. — Die Zahlungsbedingungen bei dem Bezug von Traktoren sind so geregelt, daß zunächst auf den Kaufpreis 20 Proz. anzuzahlen sind. Die weiteren Zahlungstermine sind durch den Abnehmer festzusetzen, aber so, daß die Hälfte der verbleibenden Schuld des ersten Jahres und die andere Hälfte nach Ablauf des zweiten Jahres getilgt wird. Das Reich übernimmt bei dem Geschäft eine Ausfallgarantie in Höhe von 20 Proz. bis zur Höhe von 15 Millionen Mark. Den einzelnen Traktorenfabriken wird außerdem ein Beitrag zur „Finanzierung des Abfahrs“ gewährt.

Typisierung des Modellschuhs. Der Lugschuh macht im Schuhverbrauch den kleinsten Teil des Umlages aus und erfordert doch die größten Aufwendungen, nicht nur deshalb, weil die Modedamen, die ihn tragen, die Bedienung viel stärker in Anspruch nehmen als der Käufer von Gebrauchsschuhen, der sich fast selbst bedient. Mehr noch fällt ins Gewicht, daß die Verschleißartigkeit der Muster, die in Lugschuhen auf den Markt kommen, dazu die ständig wechselnde Mode die Unterhaltung eines umfangreichen Lagers erfordern und damit erhebliche Geldmittel binden, und weil der ständige Wechsel auch ein erhebliches Risiko in sich birgt. Eine Mode, die heute neu ist, ist morgen durch eine andere überholt. Es ist nicht uninteressant, daß der Schuheinzelhandel durch Errichtung eines Modocams glaubt, hier Wandel schaffen zu können. Das Rohmaterial soll nicht etwa die Aufgabe haben, die Mode zu befechtigen, vielmehr soll das Amt bestrahlt sein, die Uebertreibungen der Mode aus der Welt zu schaffen. Für jede Saison (also viermal im Jahr) sollen die Schuhformen, die Schuhstoffe und die Schuhfarben des Lugschuhs festgelegt werden. Das sind Bestrebungen, wie sie ja auch auf anderen, mit der Mode in Berührung stehenden und von ihr abhängigen Wirtschaftszweigen zu beobachten sind. Unter dem Gesichtspunkte der Wirtschaftsrationalisierung verdienen sie die größte Beachtung.

Ein ungleiches Gespann.

Von Gabriele Preiszova.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Berchtold.

Der Hoffnung auf ein eigenes Pferd wegen versprach Tobias, daß er sich als Akkordarbeiter verdingen wolle. Man baute unweit ein Försterhaus und der Baumeister suchte Handlanger. „Wenn der Mensch will, so führt er es aus,“ wiederholte er feierlich das Sprichwort seiner Frau, als wenn er es erst in diesem Augenblicke recht begriffen hätte. „Und auch des Abends kann man noch das Holz einsammeln, die Tage wachsen, man braucht nicht so zeitlich schlafen zu gehen.“

Und so Verschiedenes, Außergewöhnliches versprach Tobias und die Reden quollen ihm förmlich aus der Brust; die Frau mußte ihn mit Bewunderung anblicken. Ach daß sie sich ausschwingen könnten zum Ansehen, beneidet von anderen, sie und ihr geliebter Franzl!

Dann fingen sie beide an fleißig zu arbeiten und zu sparen. Vor allem stellten sie sich einen kleinen grünen Leiterwagen zusammen, weiter ein Pferdgeschirr und schließlich suchten sie weit und breit in der Umgebung ein Pferd, welches nicht mehr als fünf-hundert Kronen kosten durfte und fänden auch einen kleinen mageren Balachen, welcher nach Angabe des Besitzers elf Jahre alt war. Sie kauften ihn auf den Namen „Ferda“. Tobias wusch das Pferd sofort mit warmem Wasser sorgfältig und setzte ihm zum Willkommen eine volle Schlinge mit Hafer vor, den sich seine Frau von einer Bäuerin als Entgelt für ihr kunstfertiges Raffieren erbeten hatte.

„Aber du sollst ihn mit dem guten Hafer nicht gleich anfangs so viel anstopfen,“ meinte Frau Agnes unzufrieden, „er hat hier genug Gras und Haderling vorbereitet, und jetzt wollen wir den Ferda gleich einspannen und durchs Dorf fahren.“ fügte sie noch mit Stolz hinzu. Tobias aber streichelte zärtlich den Gaul über Hals und Rücken. „Heute läßt du ihn in Ruh, er muß sich austasten,“ stieß er mit Entschiedenheit hervor. „Von Pferden verstehst du nicht so viel wie ich!“

Und nun begannen die wehmütigen Sorgen der Frau Tobias. Sie schlug sich schon acht Jahre durch ihren Ehestand und ihre schütterten dunkelbraunen Haare fingen an stark zu ergrauen, ihre Stirne und die Wangen waren von Runzeln durchfurcht, wogegen Franzl mit seinem glatten Gesichte und dem gewohnten Lächeln, wobei er seine gesunden kleinen Zähne zeigte, ausah wie ein übermütiger Bursche. Die Frau bemerkte mit steigender Eifersucht, wie sorgsam und zart Franzl das Pferd behandelte. Sie selbst blühte er niemals so liebevoll an!

Sein glücklichster Augenblick schien offenbar jener zu sein, wenn er mit dem eingespannten Balachen stolz vom Hause wegsuhr. Der Schimmel stimmte wunderbar zu dem Häuschen der Eheleute, er war ebenso schlottend und sein stellenweise haarloses Fell spielte alle Farben. Der greisenhafte Kopf war ganz weiß, wogegen sich über den Rücken bis zum Scheweisse ein dunkler Koltrich zog und der übrige Körper mit braunen Flecken bedeckt war. Die zitterigen unsicheren Beine konnten aber immer noch eine Weile lebhaft traben, wenn Tobias mit schmeichelnden Worten und einem leichten Peitschenhieb den Gaul antrieb. Natürlich lange konnte das Feuer nicht anhalten, es genügte nur zum raschen Durchreiten des Dorfes. So oft sich Gelegenheit bot, prüfte Tobias mit seinem Pferde. In seinen Augen schien es schön, vollkommen, bewundernswürdig und vor allem galt es ihm als bester Kamerad!

Die Leute, besonders die im Dorfe, wollten dies nicht anerkennen, sie hießen den Gaul eine Kacke oder einen Wurstl. Auch Agnes wiederholte derartige Spottreden manchmal im Hause, aber das bestürmte Tobias gar wenig! Er zuckte nur mit den Achseln mißfällig und verächtlich und meinte, daß er von den Menschen beneidet würde. Er fühlte mit Stolz, daß ihn der Schimmel über sein früheres armseliges Leben hoch emporgehoben habe. Barbar war er gezwungen gewesen, den beladenen Karren selber über die unendlichen Straßen zu ziehen, nun aber legte er die weiten Wege zurück wie in einem fröhlichen Traume. Welch ein sonniges Gefühl, wenn er jetzt in der reinen Luft am Bode sitzend seine Peitsche schwingen konnte, dabei mit der Zunge schnalzend und seinem vierbeinigen Kameraden zureufend: „Na, alter Hase, strecke deine Läufe!“

Die Frau hörte derartige Zärtlichkeiten mit wachsendem Unmuth. Ob der Mann für sie jemals derartig hübsche Worte gefunden hätte, ob er manchmal treffen würde, sie streichelnd mit einem Kosenamen zu benennen!

Das Ärgste war, daß sie diese vermeintliche Ungerechtigkeit ihrem Manne nicht vorwerfen konnte, diese traurigen Gefühle ließen sich kaum in Worten ausdrücken, darum suchte sie einen anderen Vorwand, um seine kindlichen und spielerischen Eigenschaften zu geißeln. Sie warf ihm vor, daß er ein geborener Faulenzer sei, und als sie ihn in ihre Hand bekam, es schon zu spät gewesen wäre, um etwas Ordentliches beizubringen, daß sie ihn jetzt als rechtschaffene Frau bis zu ihrem Lebensende am Halse behalten müsse und er ohne ihr zugrunde gehen würde, wie eine aus dem Bienenstock verjagte Biene. Und schließlich ihr Gesicht in die Schürze verbergend, klagte sie: „Ach, ich habe nichts Gutes auf dieser Gotteswelt!“

Ganz verwundert blickte sie Tobias an, sie schienen ihm plötzlich ganz ähnlich geworden seiner Tante vom Ringelspiel, die ihn auch immer ungerecht verfolgt hatte. Er traf es wohl nicht, seinem Weibe zu widersprechen, sondern zog es vor, ihr aus dem Wege zu gehen.

Frau Agnes fand ihn einmal im Stalle neben dem Schimmel stehend, die Arme um seinen Hals geschlungen und den Kopf darauf gelehnt, als wollte er ihn küssen und etwas Zärtliches zustüstern. Und wieder gab es ihr einen Stich, daß er sie, sein eigenes Weib, niemals so umschlungen hätte!

„Der Gaul wird verkauft,“ schrieb sie ihm mit eifersüchtigem Reide an. „Du führst ihn auf den Markt nach „Brod“, wir brauchen Geld zur Herrichtung des Hauses, ich will nicht länger zusehen, wie mein Eigentum zugrunde geht. Ich habe es von den Weinigen geerbt, die immer getrachtet haben, das Haus in Ordnung zu halten und diese Ordnung will ich jetzt in erster Linie haben. Mit deinem Liebling ist kein Segen in mein Haus gekommen. Der Gaul frisst weit mehr als er verdient. Solange du das Holz selbst mit dem Karren zogst, blieben uns doch ein paar Kronen im Hause. Jetzt könnte ich ihn noch über den Winter füttern, diesen häßlichen zottigen Klepper!“

Da mußte aber die Frau einhalten, der Franzl hob seinen Kopf so hastig vom Hals des Schimmels empor mit einem so wilden Ausdruck im Gesichte, daß ihr der Atem stockte und sie es vorzog, sich schleunigst aus dem Stalle zu entfernen.

Magdeburger Kriminalistik.



„Mein kriminalistischer Scharfsblick sagt mir, daß diesen Menschen natürlich nicht der Werwolf getötet hat, sondern der — H a a s !“

Sie erwähnte an diesem Tage nichts mehr von dem Pferde, nur des Abends sagte sie ganz ruhig: „Ich muß deine Stiefel zum Schuster tragen, damit du sie zum Broder Markt in Ordnung hast.“

Tobias schielte diesen Abend ein mit beklommener Brust, als wenn ihn ein Alp drückte und beständig verfolgte ihn im Traume eine Frauengestalt, die abwechselnd seiner Frau und der Ringelspieltante zu gleichen schien. Und nichts Liebes und Freundliches erinnerte ihn in diesem Traume an jene Frau, die ihn damals, dem Hungerigen, die Milchkanne reichte, ihm verteidigend zur Seite gestanden war und ihn schließlich zu ihrem rechtmäßigen Manne gemacht hatte. Das alles war verblöht. Sie war ihm fremd geworden und hatte seine Hand ergriffen nur um ihn zu beherrschen und ihn zu verfolgen, gleich seiner bösen Tante. Darauf folgte ein schöner Traum. Er sah auf einer großen Wiese eine Herde von Pferden, unter ihnen seine Ferda weiden und auch die Pferdchen seines früheren Ringelspieltantes schmiegt sich vertraulich aneinander.

Er selbst legte sich zu ihnen in das hohe weiche Gras und betrachtete sie mit Vergnügen. Sie glänzten in der Sonne wie frisch lockert, gerade wie damals, als er sie auf Geheiß seiner Tante mit Laot überstreichen mußte. Das Pferdchen Rohr hatte den Zaum zerrissen, er mußte das Leder zusammennähen. Unweit davon weidete seine „Ferda“ und blickte seinen Herrn mit hingebender Dankbarkeit an!

„Er hat fünf-hundert Kronen gekostet,“ erklärte Franzl mit Stolz seinem alten Freunde Rohr und schnalzte dabei mit der Zunge, indem er ausrief: „Strecke deine Beine mein Häschen!“

„Um Gotteswillen, er spricht schon wieder aus dem Schlafe mit dem alten Klepper, wie ein halber Narr!“ unterbrach Frau Tobias den schönen Traum ihres Mannes und stieß ihm den Ellbogen in die Brust. „Dieser Krampfen wird mir nicht mehr lange mein Blut ausaugen, du bringst mir ihn nicht mehr vom Viehmarkt zurück!“

Er machte erschrocken mit einem Seufzer auf und drehte sich wortlos auf die andere Seite. Im neu beginnenden Halbtraume sah er vor sich nur mehr die große grüne Wiese, die Pferde waren verschwunden und das Weib lief ihm entgegen, mit drohend gehobenen Armen schreiend: „Häufelz verräter! Die Menschen lachen dich nur aus! Dein Pferd muß fort!“

Wieder erwachte er ganz niedergedrückt. Die Frau machte beim Herd das Feuer an, das brennende Bündel Holz beleuchtete grell ihr Gesicht, welches aus der Umrahmung des gelben Kopftuches herausguckte wie eine brütende Henne aus dem Korb.

Nein, er hatte sie nicht lieb — in diesem Augenblicke war es ihm klar geworden — er hatte sie eigentlich niemals gern gehabt wie eine Geliebte! (Schluß folgt.)

Unbefugte Erfinder.

Von Hermann B. Rühr.

Große Erfindungen bezeichnen den Weg der Kulturentwicklung. Ueber die Urheber der größten und wichtigsten Erfindungen jedoch sind wir so zuverläßig informiert, wie über den Verfasser des Nibelungenliedes. Niemand weiß den Namen des Menschen, der zuerst Brot buk oder ein Stück Fleisch am Spieße brat. Vielleicht war hier ein Zufall im Spiel, aber ohne einen Menschen, der die Absichten des Zufalls zu durchschauen imstande war, waren alle zufälligen Erfindungen wertlos. Was der Zufall bei vielen Erfindungen und Entdeckungen eine noch so wichtige Rolle spielt — letzten Endes ist es immer der Mensch, der erfindet und entdeckt.

Die merkwürdige Tatsache, daß wir manche hochbedeutende Erfindung Menschen zu verdanken haben, die weder ihrem Beruf noch ihren Kenntnissen nach zu dieser Erfindung berechtigt waren, veranlaßt uns, hier von „unbefugten“ Erfindern zu sprechen. Die Zahl dieser Kulturplünderer ohne Lizenz ist erstaunlich groß, und der Ausspruch Vichtenbergs, daß es nicht immer die Gelehrten sind, die die neuesten Ideen haben, wird man in der Geschichte der Erfindungen oft bestätigt finden.

Das Holzpapier, ohne daß es eine billige Zeitung und kein wohlfeiles Buch gäbe, wurde 1843 von dem Webermeister Fr. G. Keller erfunden. Bei Betrachtung eines Wespennestes, dessen Wände ein dem Papier ähnliches Aussehen haben, kam Keller der Gedanke, daß das aus Holzspannen gebildete Gehäuse der Erbsen für Papier sein könnte. Er schloß auf einem Schleifstein kleine Holzstücke klar, wobei das Wasser im Schleiftrug milchig wurde und sich am Boden eine dicke Kasse absetzte, die Keller nach verschiedenen ergebnislosen Experimenten endlich löste. Beim Kochen kam ein

Spritzer aufs Tisch Tuch und hinterließ ein marktstückgroßes Blättchen, in dem Keller den längst gesuchten Erbsenstoff für Papier erkannte. Wie viele Erfinder zog Keller keinen Ruhes aus seiner wichtigen Erfindung. Er geriet gegen Ende seines Lebens sogar in schwere materielle Bedrängnis. Doch dann erinnerten die deutschen Papierfabrikanten sich seiner. Es wurde eine Sammlung veranstaltet, die Keller gestattete, die letzten Tage seines Lebens sorgenfrei zu verleben.

Dunkel ist das Erfinderschicksal eines anderen Webers, James Hargreaves, der ein armer und mit wenigen Kenntnissen ausgestatteter Handwerker war und doch die erste brauchbare Spinnmaschine erfand, deren Grundgedanke noch in der heutigen Spinnmaschine lebt. Nach langen, mühevollen Versuchen war es ihm gelungen, seine Spinnmaschine fertigzustellen. Doch die Handpinner von Standhill meinten, um Lohn und Brot zu kommen, wenn ihre Arbeit von einer Maschine billiger und schneller ausgeführt würde, als es einer Menschenhand möglich war. Sie stürzten das Haus Hargreaves' und zerstörten seine sämtlichen Maschinen und Gerätschaften. Hargreaves floh nach Nottingham und baute neue Maschinen. Aber auch hier erhob sich das Volk wider ihn. Er wurde verfolgt und blieb selbst vor Tätschkeiten nicht verschont. Arm und elend fand er schließlich Aufnahme im Armenhause zu Nottingham, wo er in großer Dürftigkeit zu einer Zeit starb, in der andere Leute bereits große Reichtümer mit der von ihm erfundenen Spinnmaschine erwarben.

Freundlicher in seinem Ausgange ist das Schicksal eines anderen Spinnmaschinen-Erfinders. Noch bei Lebzeiten Hargreaves' tauchte Richard Arkwright als sein gefährlicher Konkurrent auf. Arkwright, der keinen Schulunterricht genossen hatte, lernte, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, das Rasieren und etablierte sich als Barbier in einem feuchten Keller zu Bolton, wo er jeden Bart für einen Penny schabte. Durch einen befreundeten Uhrmacher, der an der Verbesserung der Hargreaves'schen Spinnmaschine arbeitete, kam Arkwright zuerst mit der Welt der Maschinen in Berührung. Er fand Gefallen an den mechanischen Versuchen und vernachlässigte dadurch sein Geschäft, so daß Not und Elend bei ihm einzogen. Seine Kleidung war schließlich so abgetragen, daß er keine Wohnung nur in der Dunkelheit zu verlassen wagte. Seine Familie war den größten Entbehrungen ausgesetzt, und seine Frau zertrümmerte in einem Anfall von Verzweiflung das Modell einer Spinnmaschine, an der Arkwright unablässig arbeitete. Der Gedanke an seine Erfindung forderte heftige Einsätze von ihm. Er hatte seinen Beruf aufgegeben und sämtliche Ersparnisse auf seine Erfindung verwandt. In der Zeit der größten Not verließen ihn Frau und Kind, da sie das Hungerleben an seiner Seite nicht mehr zu ertragen vermochten. Die Fertigstellung seiner Maschine war infolge Mangels jeglicher Geldmittel eine Unmöglichkeit geworden. Endlich erbarmte sich ein vermögiger Geschäftsmann in Liverpool des heruntergekommenen Arkwright, so daß seine Spinnmaschine fertiggestellt werden konnte. Zwar hatte er noch manche Widerstände zu überwinden, ehe seine Lage sich besserte. Wiederholt drohte ihm das Schicksal Hargreaves'. Aber schließlich trat seine Spinnmaschine ihren Siegeszug an und brachte ihrem Erfinder Ehre und Reichtümer ein. Dem ehemaligen Barbier wurde sogar die Baronetwürde verliehen. Arkwright starb im Jahre 1792 und hinterließ ein Vermögen von über 10 Millionen Mark.

Um die Erfindung der Nähmaschine haben sich, was nicht verwunderlich ist, vornehmlich die Schneider verdient gemacht, und man könnte in diesem Falle nicht von unbefugten Erfindern sprechen, wenn der Grad technischer Kenntnisse, den die Konstruktion der ersten Nähmaschine voraussetzte, ohne weiteres als ein Attribut des Schneidergewerbes anzusehen wäre.

Der Erfinder des heutigen Nähmaschinentyps ist der Schneidemeister Barthelémy Thimonnier zu St. Etienne in Frankreich zwar nicht; aber ihm gebührt der Ruhm, die erste brauchbare Nähmaschine gebaut zu haben. Thimonnier, der seinem Geschäft nur wenig Aufmerksamkeit widmete, besah nicht den Ehrgeiz, für einen tüchtigen Schneider zu gelten, sondern den, eine Maschine zu erfinden, die besser und schneller als die geschickteste Hand nähte. Vier Jahre arbeitete er an seiner ersten Maschine, die ganz aus Holz hergestellt war und sicher funktionierte. Er ging nach Paris und baute dort achtzig Nähmaschinen, mit denen er Uniformen fürs Militär herstellte. Aber das junge im Aufblühen begriffene Geschäft fand ein unerwartetes Ende. Die Pariser Schneidergesellen glaubten, nicht hinter den englischen Handpinner, die die ersten Maschinen Hargreaves' demolierten, zurückbleiben zu dürfen; sie rotteten sich zusammen und stürzten das Haus Thimonniers, wobei sämtliche Maschinen vernichtet wurden. Das geschah im Jahre 1811. Thimonnier floh. Drei Jahre später kehrte er mit einer verbesserten Maschine zurück; aber niemand getraute sich, ihm zu helfen. Erst nach zehn in Not und Sorge verbrachten Jahren fand er einen Kompagnen, der Geld zur Errichtung einer Nähmaschinenfabrik hergab. Doch kaum war die Fabrik in Betrieb, als die Februarrevolution (1848) ausbrach und alle ihre Hoffnungen zerstörte. Die Rot zog wieder ein bei Thimonnier, der schließlich sein Patent für einen geringen Betrag an eine englische Gesellschaft verkaufte. Der einzige Sonnenstrahl seines freudlosen Alters war die Medaille erster Klasse, die er 1855 auf der Pariser Weltausstellung erhielt. Bekanntere Vorteile konnte ihm seine Erfindung nicht mehr bringen, da inzwischen die Howesche Nähmaschine die seine überholt hatte. Alle Sorgen, Mühen und Entbehrungen seines Lebens waren umsonst gewesen. Arm und gebrochen zog Thimonnier in seine Heimat, wo er, 64 Jahre alt, im Armenhause starb.

Eine Löwenfarm. Die einzige Löwenfarm der Welt, in der Löwen gezüchtet werden, findet man in Südafrika. Sie hat einen Umfang von etwa einem Hektar und ist durch einen hohen, starkverwahrten Zaun zu einem Gehege abgeschlossen, in dem ständig 74 Löwen haufen. Jede Löwin wird zweimal im Jahre trächtig und wirft drei bis vier Junge. Wenn man bedenkt, daß ein Löwenjüngling bereits etwa 1000 Goldmark und ein ausgewachsener männlicher Löwe an die 20000 Goldmark wert ist, so wird man begreifen, daß diese Zucht ein einträgliches Geschäft ist, zumal ja auch die Tiere in der Zwischenzeit noch für Filmvorstellungen aus-geliehen werden. Auch dieses Viehgeschäft ist recht lukrativ; zahlte man doch erst kürzlich für eine in einem Jagdstück verwandte Löwin für ihre Mitwirkung 8000 Goldmark. Die Pflege und Zucht der Tiere ist freilich nicht leicht. Vor allem bedarf der kleine Löwe großer Aufmerksamkeit und sorgfältiger Pflege. In den ersten sechs Wochen ihres Lebens werden sie mit der Milch ernährt, und Milch bleibt ihr ausschließliches Nahrungsmittel, bis sie so weit sind, um an der Fütterung mit Pferdefleisch teilzunehmen. Die Pfleglinge der Farm verbrauchen täglich ein Pferd, nur mit Ausnahme des Monats, an dem sie zum Fressen verurteilt sind, um sich gegen Verdauungsstörungen zu schützen, die in der Gefangenschaft leicht vor-tommen.

Alkohol und Geschicklichkeit. Als eine sehr gleichförmige und gut vergleichbare Geschicklichkeitsprobe wurde in besonderen Versuchen über den Einfluß des Alkohols das Einfädeln von Nadeln verwendet. Die Abnahme der Geschwindigkeit dieses fortlaufenden Einfädelns erwies sich als ein sehr feines Symptom für den schädigenden Einfluß des Alkohols. Ähnliches gilt für die Aufgabe, möglichst schnell Perlen auf einen Faden aufzuziehen. Neuerdings benutzt man hierfür meist die von Kraepelin erdachte „Stichtafel“, in deren Durchlöcherungen reihenweise bereitgestellte Stannideln möglichst ein-zufäden sind. Bei enthaltenen Menschen seht die Aufnahme von nur 15 Kubitzentimeter Alkohol die Geschicklichkeitsleistung herab, und zwar betrug die Wirkung nach 25 Minuten 5,6 Proz., und steigerte sich nach 50 Minuten auf 8,3 Proz.

